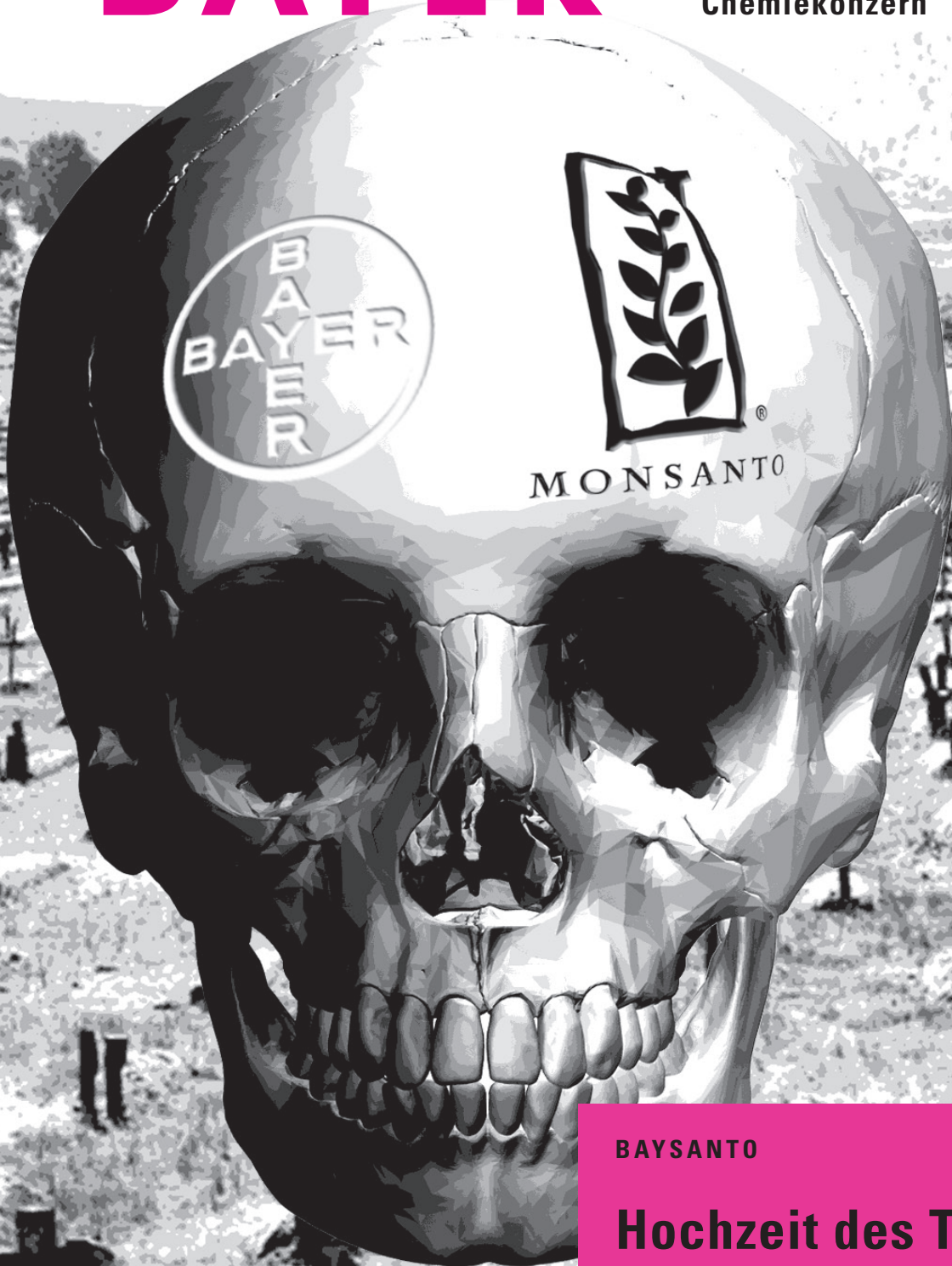


STICHWORT

BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern



BAYSANTO

Hochzeit des Todes

Weitere Themen:

- BAYERs Hauptversammlung
- BAYERs Traumfabrik
- BAYERs neue Gentech-Patente

DAMALS WIE HEUTE:

Für einen wirklichen Ausstieg aus der Atomkraft!



- ▶ Atomtransporte durch Deutschland stoppen
- ▶ Atomfabriken abschalten, die bisher unbefristet weiter arbeiten dürfen
- ▶ Abfälle abgeschalteter Atomkraftwerke verantwortungsbewusst entsorgen und Lagerung kontrollieren



Helfen Sie mit: www.robinwood.de/spenden

ROBIN WOOD

© Karikatur: Berndt Skott



Inhalt

- 6 Der Mega-Deal**
BAYER will MONSANTO schlucken
- 10 Der große Öko-Schwindel**
BAYERs „Dream Production“
- 13 Pläne für die neue A1 nicht 1a**
Unter dem Pflaster liegt der Giftmüll
- 14 Die Anhörung**
BAYERs Uni-Vertrag beschäftigt Landtag
- 16 Schnippeln mit Patent**
BAYERs neue Gentech-Schutzrechte
- 20 Profite & Proteste**
BAYER-Hauptversammlung unter Aufsicht

- 26 Konzern-Kritik x 24**
Alle HV-Reden & alle BAYER-Ausföchte

Rubriken

- 5 Editorial**
Impressum
- 7 Promis gegen Profit,**
CBG bei der Arbeit
- 28 HV-Echo**
- 30 Testimonial, 0-Ton BAYER,**
Au weia, BAYER

SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift



**Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)**

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org

Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

34. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von LeserInnen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht AbonnentInnen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: Vi.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Mitarbeit: Philipp Mimkes (pm), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank, Konto-Nr. 3199991
BLZ 830 944 94, IBAN DE58 830 944 94 000 31 99 991
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01.01.2013
(1/1 S. sw 990,- Euro, zzgl. MWST.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Diskette oder Email bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski/Kinderärztin/Dormagen,
Arne Semsrott, Politologe, Berlin,
Eva Bulling-Schröter/Mitglied des Bundestags/Berlin,
Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln, Prof. Jürgen Junginger/
Designer/Krefeld, Dr. Sigrid Müller/Pharmakologin/
Bremen, Prof. Dr. Jürgen Rochlitz/Chemiker/Burgwald,
Prof. Rainer Roth/Sozialwissenschaftler/Frankfurt,
Hiltrud Breyer/ ehem. MdEP/Berlin

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

jetzt will der BAYER-Konzern also auch noch MONSANTO übernehmen und damit die weltweiten Nahrungsmittel-Märkte unter seine Kontrolle bringen! Der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat das in den letzten Wochen kaum Ruhe gelassen. Es galt, mit einer Presseerklärung schnell auf den geplanten Coup zu reagieren, Hintergrund-Material zusammenzustellen, rund um die Uhr auf JournalistInnen-Anfragen zu reagieren – und nicht zuletzt gemeinsam mit Bündnispartnern wie CAMPACT und SUM OF US Gegenwehr zu organisieren. Die Redaktion von *Stichwort BAYER (SWB)* war da natürlich auch gefragt. Sie hat für viele Zeitungen und Zeitschriften Artikel zum Mega-Deal produziert – und den ausführlichsten selbstredend für die vorliegende *SWB*-Ausgabe erstellt. Damit nicht genug, hat unser Grafiker zur Unterstützung der „Baysanto“-Kampagne überdies noch eine Anzeige für die letzte Umschlagseite entworfen. Die Verhinderung von BAYERS Versuch, ein neues Agro-Monopol zu begründen, macht nämlich nicht nur viel Arbeit, sie ist noch dazu leider nicht umsonst zu haben.

Die neueste Volte des Pharma-Riesen traf uns zudem noch in dem ungünstigen Moment, da unser alter Geschäftsführer nicht mehr und sein Nachfolger noch nicht bei uns war. Philipp Mimkes, der zur Menschenrechtsorganisation FIAN wechselt, wird auch dem Stichwort sehr fehlen. Viele Artikel hat er im Laufe der Jahre für unser Magazin verfasst. Sein Abschiedstext in dieser Nummer beschäftigt sich mit der alles andere als traumhaften „Dream Production“ des Leverkusener Multis, der Nutzung von Kohlendioxid zur Herstellung von Kunststoffen.

Die Nutzung der Universität Köln zur Herstellung von Arznei-Stoffen – dieses Ansinnen stand hinter dem Kooperationsvertrag, den der Pharma-Riese mit der



Hochschule geschlossen hatte. Die Coordination klagte vergeblich um Einsichtnahme, aber die Auseinandersetzung um Transparenz in der Drittmittel-Forschung geht weiter. So initiierte die nordrhein-westfälische Piraten-Partei eine Anhörung zum Thema im Düsseldorfer Landtag, zu der sie auch einen Vertreter der CBG eingeladen hatte. Und das *SWB* war selbstverständlich vor Ort.

Darüber hinaus verfolgt das *Stichwort BAYER* die Auseinandersetzung in Leverkusen um den Ausbau der Autobahn A1 weiter. „Straßen.NRW“ will nämlich einen Teil der Strecke über BAYERS ehemalige Giftmüll-Deponie führen und dafür trotz massiven Widerstands das Chemie-Grab wieder öffnen.

Auch die neue Gentechniken bleiben unter Beobachtung. Christoph Then von der Initiative TESTBIOTECH besuchte das Europäische Patentamt in München und schaute nach, wie viele Patent-Anträge auf Verfahren, bei denen neue Techniken wie Genschere zum Einsatz kommen, die Multis schon gestellt haben. Then fand eine ganze Menge, und BAYER war natürlich wieder mit vorneweg. Sollte der Global Player wirklich MONSANTO schlucken, dann droht in diesem Bereich ebenfalls eine bedenkliche Markt-Konzentration, warnt der Gentechnik-Experte.

Und last but not least darf natürlich in keiner Sommer-Ausgabe des *SWB* die ausführliche Berichterstattung über die Hauptversammlung fehlen: alle 24 GegenrednerInnen, alle 24 Nicht-Antworten des Vorstandsvorsitzenden und noch vieles mehr. Eine auf- und anregende Lektüre wünscht also

Jan Pehrke

BAYER will MONSANTO schlucken

The Bad & the Ugly

Bayer Offers to Acquire Monsanto

Home Proposed Combination Advancing Farming's Future About Us IR and Media

Creating a Global Leader in Agriculture

Die BAYER-Werbung zum Deal

BAYER setzt dazu an, ein Monopol über die globalen Agro-Märkte zu errichten und damit die Kontrolle über wichtige Glieder der Nahrungsmittel-Kette zu erlangen. Auf entsprechend großen Widerstand stößt das Vorhaben.

Von Jan Pehrke

„Wir sind seit Langem von MONSANTO beeindruckt und teilen die Überzeugung, dass durch ein integriertes Geschäft erheblicher Wert für die Aktionäre beider Unternehmen entstehen würde“, mit diesen Worten begründete BAYER-Chef Werner Baumann die Übernahme-Pläne. 62 Milliarden Dollar bietet der Leverkusener Multi aktuell für die US-Gesellschaft.

Eine Akquisition dieser Dimension hat ein bundesdeutsches Unternehmen bisher noch nie bewerkstelligt – und in diesem Jahr weltweit noch keine andere Firma. Gelänge der Coup, würde der mit Abstand größte Agro-Konzern der Erde entstehen. Einen „bedeutend größeren Fußabdruck auf dem Globus“ würden die zusammengelegten Geschäfte der beiden Firmen

hinterlassen, frohlockt der Leverkusener Multi. In seinen Werbe-Broschüren zum Übernahme-Plan errechnet er auf Basis der 2015er Zahlen stolz einen gemeinsamen Umsatz von 23,1 Milliarden Dollar. Damit kann niemand aus der Branche mithalten. Die frisch vermählten Paare SYNGENTA/CHEMCHINA und DUPONT/DOW folgen mit weitem Abstand (14,8 bzw.

14,6 Milliarden), und auf Rang vier landet abgeschlagen BASF mit 5,8 Milliarden. Bei den Pestiziden kommen BAYER und MONSANTO zusammen auf einen Marktanteil von rund 25 Prozent, beim Saatgut für gentechnisch veränderte und konventionelle Ackerfrüchte auf einen von rund 30 Prozent. Allein die Gen-Pflanzen betrachtet, erreichen die beiden Konzerne vereint mit weit über 90 Prozent sogar eine klar dominierende Position. Entsprechend besorgt reagierte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN. „Wir schlagen Alarm: ‚Wer das Saatgut kontrolliert, beherrscht die Welt‘, hat Henry Kissinger einmal gesagt. Durch die Übernahme droht ein weltweites Lebensmittel-Monopol. Die Welternährung gerät in ernste Gefahr“, so Axel Köhler-Schnura vom Vorstand der CBG.

Und das umso mehr, als sich da wirklich The Bad & the Ugly vermählen würden. Was dem US-Unternehmen sein Glyphosat, das ist dem Leverkusener Multi sein Glufosinat, was dem US-amerikanischen Agro-Riesen seine Gen-Pflanzen der Produktreihe „ROUND UP“, das sind seinem deutschen Pendant die LIBERTY-LINK-Ackerfrüchte. Gesundheitsschädliche Chemikalien wie Polychlorierte Biphenyle (PCB) und vietnamkriegstaugliche Agrochemikalien produzierten beide. Und BAYER war im Gegensatz zu MONSANTO sogar schon 1914-1918 und 1939-1945 Kriegsteilnehmer. Trotzdem tischen viele Zeitungen bei ihrer Berichterstattung über den geplanten Deal die Mär vom Umweltengel aus Leverkusen auf, der sich auf einen Pakt mit dem Teufel einlassen will.

Das aktuell auf 55 Milliarden Euro bezifferte Gebot des deutschen Global Players, „der sich in den vergangenen Jahren viel Mühe gegeben hat, als sauberes Unternehmen dazustehen“ (*Rheinische Post*), markiert den vorerst letzten Zug in einem makabren Monopoly-Spiel um eines der wichtigsten Güter der Menschheit: der Nahrung. Eröffnet hatte es MONSANTO selber mit dem Begehr, SYNGENTA zu übernehmen. Die Schweizer aber bevorzugten CHEMCHINA als neuen Partner, und plötzlich mochten auch DUPONT und DOW nicht mehr auf eigenen Füßen stehen – sie fusionierten. Mit dieser Entwicklung beschleunigte sich

der Konzentrationsprozess im Agro-Business noch einmal, der vor rund 20 Jahren begann. Im Saatgut-Bereich etwa hatten sich 1985 noch keine oligopolartigen Strukturen herausgebildet. Die zehn größten Anbieter kamen bloß auf einen Marktanteil von ca. 12,5 Prozent. 2011 sah das jedoch schon ganz anders aus, da teilte die damalige Top 10 bereits 75,3 Prozent des Geschäfts unter sich auf. Einen wesentlichen Antrieb für die neue Übersichtlichkeit stellte dabei die Gentechnik dar. Sie verlangte nämlich nach einer vertikalen Integration. „Ein neues Gen ist nutzlos ohne einen hochwertigen Grundstock von Saatgut, in das es eingebaut werden kann, und eine Infrastruktur, die solches bereitstellt“, wie es ein Finanz-Analyst einmal formulierte.

Käme BAYER bei MONSANTO zum Zuge, so erlangte der Leverkusener Multi aber nicht nur die Hoheit über die Esstische. Der Deal hätte noch weitere negative Folgen. Die LandwirtInnen etwa müssten sich auf höhere Betriebskosten einstellen, denn diese steigen verlässlich in Korrelation zum Monopolisierungsgrad der Branche. Allein die Preise für Mais- und Baumwoll-Saatgut haben sich in den vergangenen 20 Jahren nach Angaben des US-Landwirtschaftsministeriums vervierfacht.

Überdies hätten die LandwirtInnen noch weniger Auswahl. Die oligopol-artigen Strukturen haben jetzt schon einen riesigen Innovationsstau mit sich gebracht. An eine Landwirtschaft ohne Gifte verschwenden die Konzerne keinen Gedanken, sie schaffen es noch nicht einmal, Ersatz für ihre Uralt-Mittel zu finden. BAYERS Glufosinat oder MONSANTOs Glyphosat haben schon über 40 Jahre auf dem Buckel. Deshalb trotz immer mehr Unkräuter diesen Substanzen, den FarmerInnen bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Gift-Dosis zu erhöhen.

Und der Leverkusener Multi leugnet diesen Tatbestand keineswegs. „Seit über 25 Jahren hat die weltweite Pflanzenschutz-Industrie kein wirtschaftlich bedeutendes Herbizid mit neuem Wirkmechanismus mehr für Flächenkulturen entwickelt und auf den Markt gebracht – unter anderem eine Folge der Konsolidierung der Industrie, die mit einer deutlichen Reduktion der

„Wir sind seit Langem von MONSANTO beeindruckt und teilen die Überzeugung, dass durch ein integriertes Geschäft erheblicher Wert für die Aktionäre beider Unternehmen entstehen würde.“

Promis gegen Profit



„BAYER gehört wegen seiner Skandal-Geschichte zu den Unternehmen, die unter allen deutschen Firmen den schlechtesten Ruf haben“

Sven Giegold, grüner EU-Parlamentarier

CBG bei der Arbeit



Der Düsseldorfer „March against MONSANTO“ hieß diesmal „Terra Viva March“, „March against BAYER“ wäre vielleicht aber der passende Namenswechsel gewesen, schickt der Leverkusener Multi sich doch gerade an, seinen US-amerikanischen Konkurrenten zu übernehmen. Der Coordination war die Teilnahme aus gegebenem Anlass diesmal ein noch wichtigeres Anliegen. Und selbstverständlich setzte sie den Mega-Deal an diesem 4. Juni 2016 auf die Agenda. Der neue CBG-Geschäftsführer Toni Michelmann malte den den DemonstrantInnen in seinem Rede-Beitrag plastisch aus, was es bedeutet, wenn BAYER der Coup gelingt und das Unternehmen damit die globalen Nahrungsmittel-Märkte monopolisiert.



Forschungsaufwendungen für neue Herbizide einherging“, so der BAYER-Forscher Dr. Hermann Stübler.

Die bei Transaktionen dieser Art immer gerne beschworenen „Synergie-Effekte“ schließlich lassen ebenfalls Böses ahnen. Der bundesdeutsche Agro-Riese konnte diese sogar schon genau beziffern: mit 1,5 Milliarden Dollar zusätzlicher Einnahmen nach drei Jahren Baysanto rechnet er. Dazu dürfte die Arbeitsplatz-Vernichtung durch Beseitigung von Doppel-Strukturen einiges beitragen. Einen Job-Abbau – sei es zur Reduzierung der durch den Deal anfallenden Schulden oder im Zuge der Zusammenführung der Unternehmen – hat der Global Player ausdrücklich nur hierzulande ausgeschlossen. „Rationalisierungsmaßnahmen zur Finanzierung der Akquisition werden in Deutschland nicht stattfinden“, heißt es in einer mit dem Gesamtbetriebsrat geschlossenen Vereinbarung. Über die Grenzen schauen die GewerkschaftlerInnen also offenbar nicht – ein Tief der internationalen Solidarität. Die Standort-Städte müssen sich ebenfalls auf so einiges gefasst machen. Ihnen ist die letzte Einkaufstour des Multis noch in denkbar schlechter Erinnerung. Unmittelbar nach dem Kauf der MERCK-Sparte

mit den nicht rezeptpflichtigen Arzneien hatte der Konzern nämlich verkündet: „BAYER rechnet ab dem ersten Jahr nach dem Vollzug mit signifikanten Steuer-Einsparungen.“ Und prompt hat er die Akquisition dann auch von der Steuer abgesetzt und damit vor allem seinen Stammsitz Leverkusen noch tiefer in die Verschuldung getrieben.

Den Grünen der Stadt schwant deshalb wieder Schlimmes. „Die Übernahme von MONSANTO ist teuer. Dies dürfte zur Folge haben, dass die Gewerbesteuer-Einnahmen der Stadt Leverkusen weiter sinken“, erklärte die Partei. Auch der grüne Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter kritisiert das Vorhaben des Unternehmens: „Die BAYER-Bosse folgen reiner Gewinn-Maximierung. Der geplante Deal würde die Welt nicht besser machen, sondern schlechter.“ Die SPD-Bundestagsabgeordnete Elvira Drobinski-Weiß bewertete das BAYER-Ansinnen unterdessen als „sehr problematisch“, weil die Gentechnik damit in der Bundesrepublik zu einem Wirtschaftsfaktor aufstiege und ergo mit mehr Macht auf die Äcker drängen würde. Die „Arbeitsgemeinschaft für bäuerliche Landwirtschaft (AbL) spricht sich ebenfalls gegen Baysanto aus. „Durch die Fusi-

on würde der Saatgut- und Pestizidmarkt noch weiter monopolisiert“, erklärte der Verband. Die US-amerikanische „National Farmers Union“ teilt im Gegensatz zur – von BAYER großzügig gesponserten „American Farm Bureau Federation“ – die Befürchtungen. „Das wird todsicher zu weniger Wettbewerb führen, und als direktes Resultat davon werden die Farmer höhere Preise zahlen, als sie es sonst müssten“, so NFU-Präsident Roger Johnson.

Ein Mitglied der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) schrieb in der Sache deshalb einen Brief an das Bundeskartellamt. „Wir versichern Ihnen, dass wir bei unseren Fusionsprüfungen sehr gewissenhaft die Märkte betrachten und dies auch künftig so handhaben werden, um den Wettbewerb zu schützen“, antwortete die Behörde. Auch die EU-Wettbewerbskommission, bei welcher der Fall wegen seiner großen Tragweite wohl landen wird, erhielt ein Schreiben. Die Coordination verlässt sich allerdings nicht auf die Reaktionen der politischen Institutionen. Sie organisiert gemeinsam mit Partnern wie SUM OF US und CAMPACT einen breiten Widerstand gegen die Übernahme. Anfang Juni hat die CBG

Zeitschrift für Alternative Kommunalpolitik.

Ausgabe 2|16

Einzelpreis: 11 Euro plus
1,30 Euro Versand

Abopreis (6 Ausgaben):
60 Euro



Flucht & Integration

Welche Hilfen brauchen traumatisierte Menschen, welche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge? Womit kämpfen ehrenamtliche HelferInnen und was sind die besonderen Schwierigkeiten bei der Berufsausbildung junger Flüchtlinge? Und wie muss es bei den Themen Unterbringung und Finanzierung weitergehen?

Antworten auf diese drängenden Fragen gibt die AKP-Ausgabe 2|2016.

Weitere Themen:

- Nachhaltige Gewerbeansiedlungspolitik
- Science-Fiction und Stadtentwicklung
- Grünes Verwaltungsverständnis
- Neue Wohnungsgemeinnützigkeit
- E-Scooter im Bus

● AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld | Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568 www.akp-redaktion.de

etwa zum Düsseldorfer „March against MONSANTO“ bzw. „Terra Viva March“ mobilisiert und dort auch gesprochen.

Der *Faz* graut indessen schon vor der nächsten Hauptversammlung des Leverkusener Multis. „Wenn sich heute schon das überwiegende Gros der Hauptversammlungsredner zu Themen äußert, die nicht viel mit Bilanzen zu tun haben, möchte man sich die Diskussionsinhalte künftiger BAYER-Aktionärstreffen lieber nicht ausmalen“, schreibt die Zeitung. Ängstlich schaut sie darauf, was sich da gegen den nach noch mehr Größe strebenden Konzern zusammenbraut und wirft ihm vor, „diese von breiten Bevölkerungsschichten getragene gesellschaftliche Stimmung gegen aggressive Agrochemie-Konzerne und ihre Patente“ zu ignorieren und „nur noch auf Zahlen“ zu schauen.

Und in der Tat ist es diese Rendite-Fixierung von BAYER & Co., die das zynische Monopoly-Spiel um die Welternährung und ähnliche Entwicklungen in anderen Wirtschaftsbereichen anheizt. Für die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN dokumentiert dies einmal mehr die Dringlichkeit, die Multis unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Waren es laut einer Studie der ETH Zürich 2011 noch 147

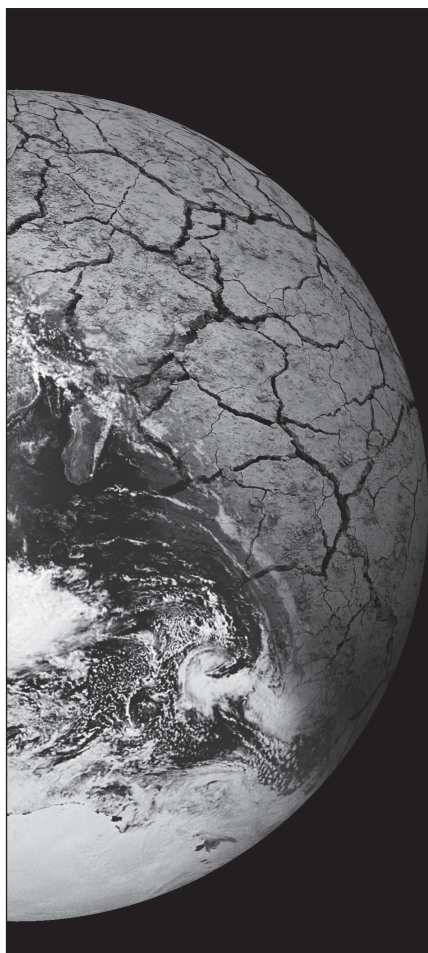


Bild: CAMPACT

Konzerne, die den gesamten Weltmarkt beherrschten, so dürfte ihre Zahl bis heute noch einmal deutlich gesunken sein. Allein 2015 belief sich der Wert der Fusionen auf rund fünf Billionen Dollar. Und das Jahr 2016 könnte diese Summe dank Bay-santo noch übertreffen. Die Welt steuert also – mit freundlicher Unterstützung von Freihandelsabkommen wie TTIP, die staatliche Rechte auf Unternehmen übertragen – auf eine Diktatur der Konzerne zu, hinter denen wiederum eine Gruppe weniger Ultra-Reicher steht.

Damit ist es höchste Zeit, die Eigentumsfrage zu stellen und in den sozialen Bewegungen verstärkt über die Alternativen und deren Umsetzungsmöglichkeiten zu diskutieren. Die CBG fordert:

- Die Fusion der beiden Konzerne muss gestoppt werden!
- Die Konzerne vergesellschaften und unter demokratische Kontrolle stellen (wie es etwa die Landesverfassung von NRW vorsieht)!
- Das Profitprinzip muss fallen und einem Solidarprinzip weichen! ←



Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.)

MEHR GEHT NICHT!

Der Postwachstums-Reader

Mit Beiträgen von **Alberto Acosta** · **Elmar Altvater**
Maude Barlow · **Ulrich Brand** · **Jayati Ghosh**
David Harvey · **Tim Jackson** · **Naomi Klein**
Serge Latouche · **Barbara Muraca** · **Niko Paech**
Vandana Shiva · **Barbara Unmüßig** · **Harald Welzer**
 und vielen anderen

Jetzt bestellen – auf www.blaetter.de

336 Seiten | 18 Euro | ISBN 978-3-9804925-8-4

BAYERs großer Öko-Schwindel

Keine Traumfabrik



Bundesbildungsministerin Johanna Wanka in Tateinheit mit Ex-Umweltminister Klaus Töpfer (ganz links) und anderen bei der BAYER-Werbung.

Mitte Juni eröffnete die BAYER-Tochterfirma COVESTRO im Werk Dormagen ihre sogenannte „Dream Production“. Der Anlage produziert Polyurethan, das unter anderem in Matratzen und Autopolstern Verwendung findet. Da im Herstellungsprozess das Treibhausgas Kohlendioxid zum Einsatz kommt, nennt BAYER das Verfahren einen „ganzheitlichen Ansatz zur Nachhaltigkeit“. UmweltschützerInnen bezeichnen das Projekt hingegen als Greenwashing ohne ökologischen Nutzen.

Von Philipp Mimkes

Ab 17. Juni weihte die BAYER-Tochter COVESTRO ihre „Dream Production“ mit einem Festakt ein, an dem viel Polit-Prominenz teilnahm. Schon im Vorfeld hatte diese sich begeistert gezeigt. Forschungsministerin Johanna Wanka traut der Technologie „einen wichtigen Beitrag zur Energiewende“ zu, und ihr Ministerium bezeichnet das Projekt als Vorreiter für den Klimaschutz.“ Lothar Mennicken, Wankas für die Sache zuständiger Referent, trägt bei Konferenzen gar einen Button mit der Aufschrift „I love CO₂“.

Die Presse sekundiert mit Jubel-Meldungen. So berichtete der *Spiegel* unter der Überschrift „Vom Klimakiller zum Rohstoff“, und die *Deutsche Welle* verspricht „Plastik und Treibstoff aus CO₂“. Dem ansonsten eher nüchternen *Handelsblatt* wurde gar lyrisch zumute: zu Bildern einer leicht bekleideten, schlafenden Frau titelte das Blatt „Die weiche Seite eines Klimakillers“. Aufhänger für die Artikel ist die neue Produktionsanlage für Polyurethan im BAYER-Werk Dormagen. Sie gewinnt nämlich rund 20 Prozent des Vorpro-

dukts Polyol nicht mehr aus Erdöl, sondern aus dem Treibhausgas CO₂.

Greenwashing

Für den Medien-Hype gibt es eine einfache Erklärung: BAYER hatte 2012 die Agentur KETCHUM PLEON mit einer Marketing-Kampagne für die „Dream Production“ beauftragt. In einer Präsentation der PR-Agentur heißt es unverblümt, dass die Anlage „gegenüber der Politik, Geschäftspartnern, Mitarbeitern und Öffentlichkeit als Musterbeispiel für ein nachhaltiges

Projekt kommuniziert werden“ solle. Zu diesem Behufe organisierte die Agentur Veranstaltungen, lud JournalistInnen zur Besichtigung ein und verfasste sogar eigene Artikel für Publikums- und Fachzeitschriften. Mit dem Ergebnis zeigte sich KETCHUM PLEON höchst zufrieden. In einer Auswertung heißt es: „Über das Projekt wurde in nahezu allen großen deutschen Zeitungen, Magazinen, Fernseh- und Radiosendungen auffallend berichtet“. Mehr als zehn Millionen Personen seien erreicht worden, so die „Public Relation“-Profis.

Unabhängige ExpertInnen hingegen sehen in dem Verfahren keinen ökologischen Fortschritt. In der Kritik steht insbesondere der extreme Energie-Aufwand zur Aktivierung von Kohlendioxid. „Selbst wenn hocheffektive Katalysatoren zur Verfügung ständen (deren Herstellung ja auch wieder Energie kosten würde), wird für die Produktion noch immer Energie in großer Menge benötigt. Das ist Greenwashing, mit dem sich das Unternehmen ein grünes Mäntelchen umhängen möchte“, sagt etwa der Meeres-Chemiker Prof. Dr. Gerd Liebezeit. Der Chemiker Dr. Hermann Fischer, Präsidiumsmitglied vom NATURSCHUTZBUND (NABU) und Gründer der AURO AG für ökologische Farbstoffe sieht BAYER deshalb von ganz anderen Motiven getrieben: „Es macht sich einfach gut, mit einem Verfahren zu prahlen, welches das böse CO₂ in nützliche Verbindungen umwandelt. Die PR-StrategInnen der Industrie haben daher Kohlendioxid zum neuen Lieblings-Spielzeug erwählt. Man baut darauf, dass die Öffentlichkeit den Irrsinn hinter dieser Aktion nicht hinterfragt.“ Fischer fordert stattdessen den Einsatz pflanzlicher Rohstoffe, für deren Verwendung weit weniger Energie benötigt wird.

Klimaeffekt marginal

Auch der Chemiker Prof. Jürgen Rochlitz, Beirat der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) und langjähriges Mitglied der Deutschen Störfallkommission, ist skeptisch. „Die Nutzung von CO₂ in der Kunststoff-Produktion spielt angesichts der um Zehnerpotenzen größeren Menge, die bei energetischen Verbrennungsprozessen anfällt, eine zu vernachlässigende Rolle. Dies zeigt schon ein Blick auf die Zahlen: BAYER will 5.000 Tonnen Polyol auf CO₂-Basis herstellen und hierbei 1.000 Tonnen Kohlendioxid einsetzen. Das ist nicht einmal ein Tausendstel des jährlichen CO₂-Ausstoßes von BAYER“, so Rochlitz.

In dieselbe Kerbe schlägt Manuel Fernández vom BUND FÜR UMWELT UND NATURSCHUTZ (BUND): „Der Einsatz von Kohlendioxid bei der Produktion von Polyurethan stellt aus Sicht des BUND keinen echten Fortschritt in Sachen Klimaschutz dar. Wenn BAYER im Zusammenhang mit diesem neuen Verfahren von einem ‚ganzheitlichen Ansatz zur Nachhaltigkeit‘ spricht, muss sich die Konzern-Leitung nicht über den Vorwurf wundern, Öko-PR zu betreiben. Der Nutzen eines solchen Verfahrens ist schon angesichts des benötigten Energieaufwands fragwürdig.“ Fernández fordert stattdessen eine drastische Reduzierung der Kunststoff-Produktion sowie des Einsatzes fossiler Brennstoffe.

Öffentliche Förderung

Der Chemie-Industrie ist es in den letzten Jahren gelungen, das Recycling von Kohlendioxid als Musterbeispiel für eine „grüne Chemie“ zu etablieren. Dutzende Projekte startete sie mit öffentlicher Unterstützung. So kooperierte der Leverkusener Multi bei der Entwicklung der „Dream Production“ mit der Technischen Hochschule Aachen sowie der Technischen Universität Berlin und erhielt hierfür Zuschüsse in Höhe von 4,5 Millionen Euro. Die Broschüre des Bundesforschungsministeriums (BMBF) mit dem Titel „Nachhaltigkeit und Klimaschutz in der Chemie-Industrie? CO₂ macht's möglich“ nutzt dann auch ein BAYER-Werbefoto direkt auf dem Cover. Und selbstverständlich war BMBF-Staatssekretär Thomas Rachel bei der Eröffnung der Anlage am 17. Juni mit von der Partie.

Insgesamt bewilligte das Ministerium im Rahmen seiner „Hightech-Strategie 2020“ rund einhundert Millionen Euro für Verfahren auf Basis von Kohlendioxid. Es steht zu befürchten, dass durch die massive Förderung des CO₂-Recyclings wichtige Weichen falsch gestellt werden. Denn wirklich nachhaltige Verfahren auf Basis pflanzlicher Rohstoffe erhalten keine vergleichbare Unterstützung. Dabei könnten Kunststoffe aus Algen, Holzresten oder Stroh – Biomasse, die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion steht – ganz ohne fossile Rohstoffe auskommen.

Chemie-Wende verschlafen

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN forderte in einem Schreiben an das BMBF eine Beendigung der Kooperation mit BAYER. „Die schönfärberisch benannte „Dream Production“ ist allenfalls

KAZ

**Kommunistische
Arbeiterzeitung** Nr. 354
März 2016 1,50 Euro

**Runter mit der
Arbeitszeit!**
und weitere Artikel u.a.
BRD Vasallenstaat?
Marxsche Theorie der Grundrente

erscheint vierteljährlich www.kaz-online.de
Einzelheft Euro 1,50 Redaktion der
Jahresabo Euro 10,00 Kommunistischen
Arbeiterzeitung
Tel/Fax: 0911-356913 Reichstraße 8
gruppeKAZ@kaz-online.de 90408 Nürnberg

graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft



NUN GUT: AN MANCHE TEXTUM-
FÄNGE MÜSSEN SICH BOULEVARD-
BLATTLESER ERST GEWÖHNEN.

www.graswurzel.net

express



Ausgabe
4/16 u.a.:

AG Wahlbeobachtung: »Polarisierung oder Rechtsruck?« – Auswertung der Landtagswahlen vom 13. März | Erich Kassel: »Kein Aprilscherz« – Am Beispiel Daimler Bremen: das Recht auf Streik durchsetzen! | Nadja Rakowitz: »Wir blockieren alles« – Frühling in Frankreich | Bian Shuwen: »Learning by buying« – Erfahrungen mit chinesischen Investoren

○ **Probelesen?! kostenfreies**
Exemplar anfordern !!

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE
BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT





Die „Dream Production“ im Bau.

minimal besser als der Status Quo, aber in keiner Weise nachhaltig. Staatliche Fördergelder sollten jedoch nicht die Chemie-Industrie subventionieren, sondern einen wirklichen ökologischen Fortschritt unter-

stützen“, heißt es in dem Schreiben. Die Coordination fordert stattdessen Programme für eine drastische Reduzierung des Kunststoff-Verbrauchs sowie wirksame Schritte zur Vermeidung von Plastikmüll.

Der Konzern hat die Umstellung auf regenerative Rohstoffe und biologisch abbaubare Endprodukte bislang verschlafen. Im Geschäftsbericht des Unternehmens heißt es lapidar: „Der Einsatz nachwachsender Rohstoffe spielt bei BAYER noch eine untergeordnete Rolle.“ Zudem stammt gerade mal ein Prozent der vom Unternehmen erzeugten Energie aus regenerativen Quellen. Die Etablierung des CO₂-Recyclings hat denn auch weniger etwas mit ökologischen Motiven zu tun. Vielmehr dürfte sie ein Versuch der Industrie sein, auch in Zeiten schwindender Ressourcen großtechnische Anlagen mit Kapazitäten von mehreren hunderttausend Jahrestonnen zu betreiben. Die Alternative hierzu - kleine, dezentrale Verfahren auf Basis von Biomasse - könnten zwar dem ländlichen Raum neue Perspektiven eröffnen, ebenso wie bei der Energie-Wende, von der tausende kleine Erzeuger profitieren, stehen die großen Chemie-Firmen bei einer solchen Transformation jedoch nicht auf der Gewinner-Seite. Wie schon bei der Einführung regenerativer Energien ist daher auch bei der Etablierung einer Kreislaufwirtschaft in der Chemie-Produktion mit ausdauerndem Widerstand von BAYER & Co. zu rechnen. ←

Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.

Jetzt am Kiosk

www.jungewelt.de
f facebook.com/jungewelt
t twitter.com/jungewelt

Augen zu und durch die Dhünnau

„Können Gefahren ausschließen“



Protest gegen den Autobahn-Ausbau vor der BAYER-Hauptversammlung am 29. April.

Das Land Nordrhein-Westfalen will die Autobahn A1 ausbauen und dazu auch Hand an eine ehemalige Giftmüll-Deponie BAYERs legen. Nichts kann Kraft & Co. davon abhalten, die Büchse der Pandora zu öffnen.

Von Jan Pehrke

Auch ein Rekord: Der BAYER-Konzern bescherte seinem Stammsitz mit der Dhünnau die größte Müll-Deponie Europas. 6,5 Millionen Tonnen Abfälle nahm die Erde unter Leverkusen von 1923 bis 1965 auf, davon fast eine Million Tonnen gefährliche Rückstände aus der Chemie-Produktion wie Quecksilber, Arsen, Chrom und Blei. Erst 1995 begannen die Arbeiten zur Sicherung der Altlasten, die geschlagene acht Jahre in Anspruch nahmen (siehe SWB 3/04).

Und jetzt, kaum dass die Dhünnau – einigermassen – abgedichtet ist, gibt es Bestrebungen, die Büchse der Pandora wieder zu öffnen. Das Land will nämlich eine neue Autobahn-Brücke errichten sowie die Autobahn A1 erweitern und dafür Teile der Deponie als Baugrund in Beschlag nehmen. Für diese Infrastruktur-Maßnahme, die nicht zuletzt der Pharma-Riese immer wieder eingefordert hat, muss Straßen.NRW als Vorhaben-Träger nun aber wieder ran ans verseuchte Erdreich. Der Landesbetrieb hält das wider Erwarten für ungefährlich. „Wir wissen, was dort liegt, und können unkalkulierbare Risiken aus-

schließen“, erklärt die Sachverständige Ingrid Obernosterer.

Dort unten fände sich zwar eine wilde Mischung von Substanzen, die Stoffkonzentrationen seien jedoch nicht besorgniserregend, wiegelt sie ab. Und der Chemie„park“-Betreiber CURRENTA, eine 60-prozentige BAYER-Tochter, erteilt dem Projekt selbstverständlich ebenfalls eine Unbedenklichkeitsbescheinigung.

Viele LeverkusenerInnen beurteilen die Lage allerdings anders. So protestierten am 13. Februar 2016 rund 1.500 BürgerInnen gegen die Pläne, und 300 AnwohnerInnen bzw. Initiativen – darunter auch die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN – erhoben bei der Bezirksregierung schriftlich Einspruch gegen das Vorhaben. Der Diplom-Ingenieur Helmut Hesse, den die Stadt im Rahmen ihres Dialog-Forums mit der Ausarbeitung einer Alternative zur Stelzen-Autobahn beauftragt hatte, befürchtet etwa Boden-Absenkungen, denn im Gift-Grab rumort es noch. Die organischen Anteile des Mülls zersetzen sich und lassen das Volumen schrumpfen. Der Landesbetrieb will deshalb zwar Teil-

le der Deponie abtragen, aber nach Hesses Meinung reicht der avisierte Aushub nicht, obwohl die Landes-IngenieurInnen die Menge schon von 34.000 m³ auf über 200.000 m³ aufstockten. Der Ingenieur beruft sich dazu den Straßen.NRW-Bau-Grundsachverständigen selber, der für einen vollständigen Bodenaustausch eintritt, dies aber wegen der hohen Kosten als unrealistisch ansieht.

Helmut Hesse hält eine solche Komplett-Reinigung für unabdingbar, sollte das Land wirklich bei seinen Plänen bleiben. Er selber jedoch tritt dafür ein, die Deponie lieber in Frieden zu lassen. Der Experte plädiert deshalb für „Tunnel statt Stelze“ und weiß sich darin mit vielen Menschen einig.

Auf dem Erörterungstermin der Bezirksregierung Köln, der für den Sommer angesetzt ist, werden die LeverkusenerInnen für diese Alternative werben. Und im kommenden Herbst entscheidet sich dann, ob die Behörde sich auf die Argumente einlässt oder aber Straßen.NRW eine Baugenehmigung für Brücke und Autobahn erteilt. ←

CBG im NRW-Landtag

Die Anhörung



Der nordrhein-westfälische Landtag in Düsseldorf; kleines Bild: Jan Pehrke während der Anhörung.

Im August 2015 verweigerte das Oberverwaltungsgericht Münster der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN die Einsichtnahme in den Kooperationsvertrag zur medizinischen Forschung, den BAYER mit der Universität Köln abgeschlossen hatte. Die Auseinandersetzung um Transparenz in der Drittmittel-Forschung, welche die Coordination mit ihrer Klage angestoßen hatte, geht aber trotzdem weiter.

Von Jan Pehrke

„Universität Köln muss Forschungsvereinbarung mit der BAYER PHARMA AG nicht offenlegen“, dieses Urteil verkündete das Oberverwaltungsgericht Münster am 18. August 2015. Der Richter Sebastian Beimesche hatte die Paragraphen des Informationsfreiheitsgesetzes und des Hochschulzukunftsgesetzes, die Forschung & Lehre von der Transparenz-Pflicht ausnehmen, „weitreichend“ – etwa auch die Forschungsplanung betreffend – ausgelegt und der COORDINATION GEGEN BAYER-

GEFAHREN (CBG) die Einsichtnahme in den Vertrag verwehrt. So kann die Coordination bis auf Weiteres keine Antworten auf Fragen zur finanziellen Ausgestaltung der Kooperation, zu den Verwertungsrechten, zu den Forschungsvorgaben des Leverkusener Multis und zum Umgang mit negativen Forschungsergebnissen beanspruchen.

„Das Urteil verdeutlicht, dass das nordrhein-westfälische Informationsfreiheitsgesetz (IFG) überarbeitet werden muss“,

erklärte die Coordination deshalb nach dem OVG-Votum: „Die generelle Ausklammerung des Hochschulbereichs von jeglicher Transparenz muss durch eine differenziertere Regelung ersetzt werden, sonst droht eine Ausrichtung der universitären Forschung auf rein wirtschaftliche Interessen.“ Die nordrhein-westfälische Piratenpartei schloss sich dieser Einschätzung an und startete im Landtag eine Reihe von Initiativen. So lud sie am 28. April 2016 zu einer öffentlichen Anhörung zum

Thema, an der die NRW-Datenschutzbeauftragte, VertreterInnen von Unternehmensverbänden, Hochschulen und TRANSPARENCY INTERNATIONAL und für die CBG der Verfasser dieser Zeilen teilnahmen.

Dieser stellte vor dem Innenausschuss noch einmal dar, aus welchen Motiven heraus die Coordination so vehement dafür streitet, den umstrittenen Forschungsvertrag sichten zu dürfen. Jan Pehrke schilderte, welche Dimensionen der Einfluss eines Konzerns wie BAYER auf den Bildungssektor mittlerweile angenommen hat und wie systematisch der Konzern dabei vorgeht. Vom Kindergarten über Schulen bis hin zu Universitäten erstreckt sich das Engagement des Leverkusener Multis. Laut Pehrke kommt das Unternehmen auf über 800 Projekte mit Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen. Und um Kooperationen auf Augenhöhe handle es sich bei solchen Joint Ventures zwischen Unternehmen und Bildungseinrichtungen keineswegs, so der CBGler mit Verweis auf eine Beschäftigte der TU Dortmund, die von „diktierten Verträgen“ sprach. Aus all diesen Gründen hielt er es für das Mindeste, der Gesellschaft Einblick in diese Art von „Forschungspolitik“ zu gewähren.

Die NRW-Datenschutzbeauftragte Helga Block trat ebenfalls für einen verbesserten Zugang zu solchen Informationen ein. Sie rief noch einmal die Auseinandersetzungen um den Transparenz-Paragraphen im Hochschulzukunftsgesetz in Erinnerung und verhehlte dabei nicht, dass ihr Vorgänger und sie selber sich damals eine weitergehende Regelung gewünscht hätten. „Das hat sich so nicht durchgesetzt, und das OVG hat dann ja durch seine Entscheidung im August 2015 deutlich gemacht, dass auch auf der Basis des jetzt in Kraft getretenen § 71a des Hochschulgesetzes NRW die vom Kläger verlangte Veröffentlichung des Rahmenvertrags nicht möglich war“, hielt sie fest. „Wenn der Gesetzgeber da mehr wollte, dann müsste er sich vielleicht noch mal mit dieser Thematik befassen“, folgerte Block.

Für die Juristin zeigt das Urteil noch aus einem anderen Grund, warum „der Weg zu einer geeigneten und hinreichenden

Transparenz-Regelung noch nicht abgeschlossen sein kann“, wie sie in ihrer schriftlichen Stellungnahme formulierte. Da das Gericht die Geheimniskrämerei um den Forschungsvertrag mit Verweis auf die grundgesetzlich geschützte Forschungsfreiheit absegnete, sieht Helga Block im Umkehrschluss jede Transparenz-Anstrengung dem Vorwurf ausgesetzt, gegen die Verfassung zu verstoßen. Selbst die Rektorate der Hochschulen könnten deshalb Schwierigkeiten bekommen, wenn sie einen offenen Umgang mit den Kooperationen anstreben. „Diese Überlegungen unterstreichen und bestärken nachdrücklich die Forderung, gesetzlich verbindlich, klar und bestimmt festzuschreiben, welche konkreten Informationen zu Kooperationsverträgen, Drittmitteln und Forschungsvorhaben ohne Zustimmung der Betroffenen zu veröffentlichen sind“, resümierte sie. Die Mindestanforderungen dafür müssten aus ihrer Sicht Angaben zur Identität des Drittmittel-Gebers, zur Fördersumme, zur Zielsetzung des Projekts und zur Laufzeit sein.

Da das Gericht die Geheimniskrämerei um den Forschungsvertrag mit Verweis auf grundgesetzlich geschützte Forschungsfreiheit absegnete, sieht die Datenschutzbeauftragte im Umkehrschluss jede Transparenz-Anstrengung dem Vorwurf ausgesetzt, gegen die Verfassung zu verstoßen

Dagegen wehrten sich die UnternehmensvertreterInnen vehement. Erweiterte Transparenz-Pflichten gefährdeten ihrer Meinung nach die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Hochschulen. Klaus Appelt von der Industrie- und Handelskammer Nordrhein-Westfalen verwies auf eine Umfrage seines Hauses, wonach strengere Veröffentlichungsaufgaben 86 Prozent der Firmen von solchen Kooperationen abhalten würden. Und das

hätte dem Verband „Unternehmer NRW“ zufolge für den Standort Nordrhein-Westfalen einschneidende Folgen. „Informationsfreiheit muss dort an seine Grenzen stoßen, wo die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährdet ist“, meint deshalb die IHK. Sie beansprucht damit unverhohlen einen Ökonomie-Vorbehalt für Grundrechte.

Aber diese Haltung gerät zurzeit in die Defensive. So hat der Journalist Thomas Leif auf Einsichtnahme in einen vom Pharmariesen BOEHRINGER mit der Universität Mainz geschlossenen Vertrag geklagt und in erster Instanz Recht bekommen. Für die Hochschule als Behörde bestehe MedienvertreterInnen gegenüber Auskunfts-

pflicht, urteilte das Mainzer Verwaltungsgericht, diese könne sich nicht generell auf den Schutz der Wissenschaftsfreiheit berufen, um auf der Geheimhaltung des Kooperationsvertrages zu bestehen. Vielmehr sei hier zwischen der Wissenschafts- und der Pressefreiheit abzuwägen, so die RichterInnen.

Genau das haben die JuristInnen dann auch getan. Dabei kamen sie zu dem Schluss: „Vorliegend überwiegt das Informationsinteresse des Klägers am Zugang zu den streitgegenständlichen Verträgen.“ Und zwar „selbst dann, wenn die streitgegenständlichen Verträge den grundgesetzlich geschützten Bereich der Forschung und Lehre tangieren sollten“, führten sie aus. Zur Begründung verwies das Gericht darauf, dass die Universität das Kooperationsabkommen im Zuge der Auseinandersetzung mit Leif schon einmal einigen JournalistInnen vorgelegt habe. Von den Ausnahme-Regelungen des rheinland-pfälzischen Transparenz-Gesetzes die Forschung betreffend ließ es sich ebenfalls nicht blenden: „Die Ausschluss-Tatbestände des Transparenz-Gesetzes sind (...) weder unmittelbar noch analog auf den medienrechtlichen Auskunftsanspruch anwendbar.“

Ein weiteres Verfahren in dieser Sache steht noch vor der Entscheidung, während in Fachzeitschriften Rechtswissenschaftlerinnen wie Dr. Christine Goth schon massiv Kritik am Urteil des OVG Münster gegen die Coordination üben. Das Land Niedersachsen hat derweil eigene Schlussfolgerungen aus den juristischen Auseinandersetzungen um die Transparenz-Vorschriften gezogen. „Wissenschaftsfreiheit und schützenswerte Interessen Dritter machen gesetzliche Regelungen zu einem stumpfen Schwert“, sagt die dortige Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljaji. Deshalb hat sie mit den Universitäten des Landes Leitlinien zur Transparenz vereinbart, die Veröffentlichungspflichten umfassen.

Einige Bildungseinrichtungen versuchen zwar nach Kräften, wichtige Angaben für sich zu behalten, aber die Ministerin versprach in einem *Taz*-Interview, Druck zu machen. Und Nordrhein-Westfalen? Hier verweist die Landesregierung auf „Abstimmungsgespräche im politischen Raum zur Weiterentwicklung des IFG (Informationsfreiheitsgesetz, Anm. SWB) zu einem Transparenz-Gesetz“. Da hält es die CBG einstweilen doch lieber mit Goethe: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ ←

Zahlreiche Anmeldungen für neue Gentechn-Verfahren

BAYERs Patent-Pipeline



Hier ist BAYER bester Kunde: Das Europäische Patentamt in München.

Neue Gentechnik-Verfahren wie der Einsatz der DNA-Scheren (Nukleasen) werden in der EU kontrovers diskutiert. Ein von den Befürwortern häufig vorgebrachtes Argument ist, dass diese Verfahren dank geringerer Kosten kleineren Unternehmen Zugang zum Geschäft mit Gentechnik-Pflanzen ermöglichen können. Doch sieht man sich die Entwicklung genauer an, stellt man fest, dass altbekannte Konzerne wie BAYER, MONSANTO, DUPONT und DOW sich längst in Stellung gebracht haben, um ihre Marktposition durch Patent-Anmeldungen auch in diesem Bereich systematisch auszubauen. Und durch die geplanten Fusionen der Seed Giants wird sich die Situation noch einmal dramatisch zuspitzen.

Von Christoph Then (TESTBIOTECH)

Seit einigen Jahren wird über eine Reihe von neuen Gentechnik-Verfahren diskutiert, die als „Genom-Editing“ oder als „Synthetische Gentechnik“ und von einigen Protagonisten auch als „Neue Züch-

tungsverfahren“ bezeichnet werden. Diese sollen auch im Rahmen der Züchtung von Nutz-Tieren und -Pflanzen eingesetzt werden. Dabei geht es um technische Anwendungen wie die künstliche Synthese

von DNA, den Einbau von synthetischer DNA in das Erbgut von Pflanzen und Tieren mithilfe von Nukleasen (DNA-Scheren) wie CRISPR-Cas und Eingriffe in die Genregulierung.

Die neuen Methoden unterscheiden sich erheblich von dem, was bisher unter dem Begriff Gentechnik verstanden wurde:

- Die Struktur der DNA ist nicht mehr abhängig von natürlichen Vorlagen, sondern kann am Computer umgeschrieben und im Labor synthetisiert werden.
- Mit den neuen Verfahren sind auch radikale Veränderungen im Erbgut möglich, wie die Einfügung von Erbmaterial, für das es keine natürliche Entsprechung gibt.
- Nicht nur die Struktur des Erbguts, sondern auch die Häufigkeit der Vererbung kann verändert werden: Sogenannte Gene-Drives ermöglichen es, dass sich die neuen Gene in den nachfolgenden Generationen wesentlich schneller ausbreiten.

Häufig wird die Ansicht geäußert, dass die neuen Verfahren wie CRISPR-Cas die Herstellung von Gentechnik-Pflanzen erheblich beschleunigen können: Sie sollen nicht nur gezielter, sondern auch wesentlich billiger sein. Tatsächlich wenden viele Forschungseinrichtungen diese neuen Verfahren bereits an, die Materialkosten sind auf der Ebene des Labors gering. Jedoch sind die Verfahren keineswegs so zielgenau, wie oft behauptet wird. Es ist deswegen eine ganze Reihe von zum Teil aufwändigen technischen Schritten nötig, um tatsächlich Pflanzen mit den gewünschten Eigenschaften zu erhalten. Es muss insgesamt bezweifelt werden, dass die neuen Gentechnik-Verfahren tatsächlich wesentlich billiger oder sicherer sind als die bisherigen Methoden (siehe Then, 2016a).

Die Monopolisten bleiben

Es kann dagegen kein Zweifel daran bestehen, dass die Konzerne, die schon jetzt als „Seed Giants“ gelten, auch den Einsatz der neuen Gentechnik-Verfahren an Nutzpflanzen ganz wesentlich beeinflussen werden. Die aktuelle Entwicklung folgt dabei ganz der bisherigen Strategie der Firmen. Mit dem Einzug der Gentechnik in den 1980er Jahren ging eine erhebliche Umwälzung der Saatgutbranche einher. Unternehmen wie MONSANTO und DUPONT weiteten ihr Geschäftsmodell, das auf Patenten beruht, auf die Pflanzenzucht aus. Inzwischen ist die Firma MONSANTO mit einem Marktanteil von rund 25 Prozent weltweit der größte Anbieter von Saatgut. Auch für BAYER markiert die

Gentechnik einen Wendepunkt: Der Leverkusener Multi übernahm das Geschäft mit den Gentechnik-Saaten von Firmen wie HOECHST, AGREVO und PLANT GENETIC SYSTEMS und ist derzeit neben MONSANTO, DUPONT, SYNGENTA und DOW einer der größten Anbieter von patentiertem Gentechnik-Saatgut. BAYERS Spezialität sind – ähnlich wie bei MONSANTO – herbizid-resistente Pflanzen, die zusammen mit dem passenden Spritzmittel im Doppelpack verkauft werden können. Im Zusammenhang mit den neuen Gentechnik-Verfahren ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung fortsetzt: Entsprechende Verfahren werden, ebenso wie damit manipulierte Pflanzen und Tiere, systematisch zum Patent angemeldet. Auf absehbare Zeit wird der Einsatz der neuen Techniken dazu führen, dass der Konzentrationsprozess in der Branche weiter fortschreitet, weil die Großen kleinere Firmen aufkaufen oder vom Markt verdrängen. Durch die Einführung der neuen Gentechnik-Verfahren könnte die Dominanz von BAYER & Co. nicht nur im Bereich der Pflanzenzucht erheblich verschärft werden: Falls es zu einem Einsatz der neuen Gentechnik-Verfahren im Bereich der landwirtschaftlichen Tierzucht kommen würde, ist ein Bereich betroffen, der, anders als die Pflanzenzucht, von Patenten bisher weitgehend verschont geblieben ist. Es gibt bereits Firmen, die sich auf diesen Bereich spezialisiert haben und reihenweise Patente auf Nutztiere anmelden, die mit Hilfe der synthetischen Gentechnik manipuliert werden (Then, 2016b). Diese Entwicklung kann erhebliche strukturelle Verschiebungen verursachen: Die Patentierung würde beispielsweise auch LandwirtInnen betreffen, die, wie bisher üblich, ihre Milchkuhe selber züchten und diese auch verkaufen. Diese FarmerInnen dürften in Zukunft zwar ihre Kühe noch melken, aber ohne Zustimmung der Patentinhaber nicht mehr zur Zucht verkaufen.

Aktuelle Patent-Recherche

Eine Patentrecherche von TESTBIOTECH, deren Ergebnis 2016 veröffentlicht wurde (Then, 2016a) zeigt, dass BAYER neben DOW und DUPONT zu den Konzernen gehört, die im Bereich der Pflanzenzucht die meisten Patente auf den Einsatz der neuen Gentechnik-Methoden anmelden. Bei der Recherche berücksichtigt wurden Patent-Anmeldungen der großen Saatgutkonzerne wie MONSANTO, SYNGENTA, DUPONT und BAYER und ihrer Koopera-

Waterkant
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordsee
www.waterkant.info
Im 30. Jahrgang
G7-Treffen in Elmau
Meerespolitische Luftnummer
WWF-Studie: Der „Wert“ der Ozeane
Was kostet das Meer?
MSRL-Umsetzung
Ausreden und große Lücken
Munition
Falsche Vorsorge, teure Nachsorge
Fracking
Gesetzes-Hektik und Liste des Grauens
Trinkwasser in Gefahr
Die Folgen der Werra-Versalzung
25. BSH-Symposium • „Purple Beach“
Helgolands Zukunftspläne • Seenotretter
SOMMER 2015
Vier Ausgaben im Jahr | Erscheint seit 1986
Probehefte und Infos: www.waterkant.info

Wer sein Geld ökologisch sinnvoll und rentabel anlegen will, vertraut seit 1991 auf den Informationsdienst Öko-Invest.

ÖKO INVEST
INVESTMENT MIT VERANTWORTUNG & ERGOLG

Er liefert alle 14 Tage (per Post) aktuelle Analysen, Übersichten und Tipps zu:

- nachhaltigen Fonds, Wind-, Solar- und Wasserkraftbeteiligungen
- ca. 40 nachhaltigen Titeln im **Musterdepot**, z.B. Aktien von Shimano und Umweltbank (Kursgewinne jeweils ca. 800%)
- 25 Natur-Aktien im Index **nx-25** (+585% von 2003 bis 2015)
- 30 Solar-Aktien im Index **PPVX** (+446% von 2003 bis 2015)
- ausserbörslichen Aktien wie z.B. der **BioArt AG** oder **Öko-Test Holding AG**
- **Warnungen** vor (grün-)schwarzen Schafen.

Das Handbuch **Grünes Geld 2020** enthält (in der 8. aktualisierten Auflage) auf rund 360 Seiten wieder einen umfassenden Überblick über nahezu alle Öko-Investment-Möglichkeiten samt neuer Kapitel wie Green Bonds und Crowd-Investments.

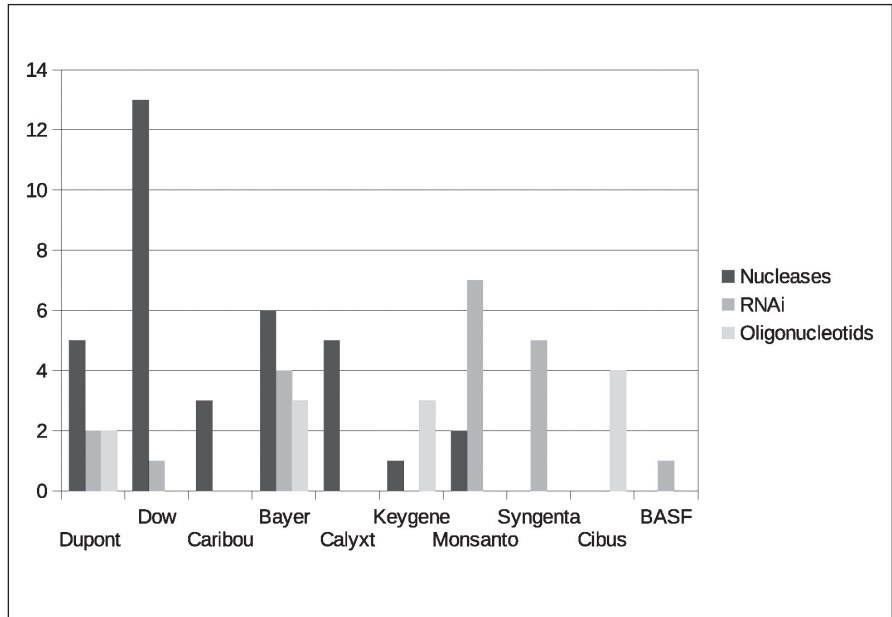
Das Handbuch (Einzelpreis 24,90 Euro inkl. Versand mit Rechnung) und ein **kostenloses Öko-Invest-Probeheft** können Sie abrufen beim Öko-Invest-Verlag, Schweizerstr. 8-10/5, A-1130 Wien, Tel. 0043-1-8760501, oeiko-invest@teleweb.at

BIG Business Crime
Theorie, Praxis und Kritik der kriminellen Ökonomie
Erde ist keine Scheibe.
Korrupte Seefahrt? **„Name - Verfassungsschutz“**
Ög: Big Data + Big Business
Alle Fassbinder
Erich Schöndorf: Prima Klima in Lima
Philipp Mimke: Chemische Zeitbomben
Tomasz Koniec: IS – globaler Terrorkonzern
Ecuador: Der Fall Chevron-Texaco
BESTELLUNG:
BCC, Postfach 1575
63465 Maintal
auch über Fax:
06181/47913
oder per E-mail:
hi-waltemate@web.de
www.businesscrime.de
Zam 90. Geburtstag von Hans See

tionspartner. Gesucht wurde nach Patentanträgen der letzten Jahre betreffend

- Anwendungen von Nukleasen (CRISPR-Cas).
- Einsatz von kurzen synthetischen DNA-Abschnitten (Oligonukleotiden)
- Methoden der RNA-Interferenz (RNAi) zur Beeinflussung der Gen-Aktivität.

Demnach sind Patentanmeldungen auf Nukleasen (33) am häufigsten, gefolgt von Anträgen auf RNAi-Anwendungen (20) und die Verwendung von Oligonukleotiden (12). DUPONT und DOW sowie BAYER sind die Konzerne, die am meisten Patent-Anträge eingereicht haben. Das ist im Hinblick auf die weitere Entwicklung brisant, denn DUPONT und DOW sind dabei zu fusionieren, und dieser Zusammenschluss würde ihre Stellung in diesem Bereich noch einmal erheblich verstärken. Berücksichtigt man zudem noch die Kooperationspartner der Konzerne, so hat sich DUPONT einen weiteren Vorteil verschafft: Das Unternehmen hat einen Vertrag mit der Firma CARIBOU abgeschlossen, einer Ausgründung der University of California,



Anzahl der bei der „World Intellectual Property Organisation“ registrierten Anträge auf Gentech-Patente für Entwicklungen, bei denen die neuen Verfahren zur Anwendung kamen.

die bei der Entwicklung von CRISPR-Cas eine Pionier-Rolle spielte und auf diesem Gebiet umfassende Patente angemeldet hat. Auch BAYER hat in diesem Bereich nicht nur eine relativ hohe Anzahl an Patenten

angemeldet, sondern mit den Firmen CALYXT (ehem. CELLECTIS) und KEYGENE auch spezialisierte Kooperationspartner mit entsprechenden Schutzrechten. Und zu diesem Kreis stieß jüngst noch CRISPR THERAPEUTICS (siehe auch SWB 2/16)

JETZT AM KIOSK

MELODIE UND RHYTHMUS

AUSGABE MÄRZ/APRIL 2016

WWW.MELODIEUNDRHYTHMUS.COM/ABO

M&R
MELODIE UND RHYTHMUS
GEGRÜNDET 1957

www.melodieundrhythmus.com März/April 2016 € 4,90

FUTURISMUS

ANTHRAX | TRICKY | JACK GARRATT | NILS LANDGREN | FJBR7

hinzu. Werden im Rahmen dieser Zusammenarbeit neue Verfahren entwickelt, die in der Landwirtschaft nutzbar sind, gehen die Rechte an den Leverkusener Multi¹. Dagegen ist – derzeit – die Position von MONSANTO und SYNGENTA relativ schwächer. Das Bild könnte sich dramatisch verändern, wenn es zu einer Übernahme von MONSANTO durch BAYER käme, wie derzeit diskutiert: Dann würde die Marktführerschaft bei Gentechnik-Saatgut und bei den Patenten in einem Konzern vereinigt.

Neue Gen-Pflanzen

Eine relativ große Anzahl der aktuellen Patent-Anträge von BAYER zielt auf Anwendungen, die auch schon bisher verfolgt wurden, nämlich die Entwicklung von herbizid-resistenten Pflanzen. Dies ist für den Konzern nicht überraschend. Er will sich in den letzten Jahren zwar zu einem Life-Science-Unternehmen gewandelt haben, ist aber nach wie vor einer der Marktführer beim Geschäft mit der Agrochemie. Der Global Player setzt dabei – ähnlich wie MONSANTO – auf den Verkauf von Spritzmitteln und patentiertem Saatgut im Doppelpack. Da sein Ackergift Glufosinat, das er unter Namen wie BASTA ODER LI-



BAYERs Forschungschef Kemal Malik zeichnet die CRISPR-Cas-Pionierin Emanuelle Carpentier mit dem Familie-Hansen-Preis aus. (Foto: BAYER)

BERTY vertreibt, im Jahr 2017 seine EU-Zulassung verlieren soll, setzt der Agri-Griese jetzt unter anderem auf sogenannte ALS-Inhibitoren. Das sind Herbizide, die schon seit vielen Jahren eingesetzt werden und gegen die zahlreiche Unkräuter bereits Resistenzen entwickelt haben. Ob diese Strategie erfolgversprechend

ist, bleibt deshalb abzuwarten. Andere Patent-Anträge von BAYER & Co. zielen auf das Entfernen von natürlichen DNA-Abschnitten, um beispielsweise die Öl-Zusammensetzung von Soja zu verändern – auch dies ist keine wirklich neue Idee. Durch die Kooperation mit der Firma CALYXT könnte BAYER sein Geschäftsfeld aber erweitern: Mehrere der Patent-Anträge dieser Firma erstrecken sich auf Tiere. Im Patentantrag WO2005105989 werden beispielsweise alle Pflanzen und Tiere als Erfindung beansprucht, die mit bestimmten Nukleasen manipuliert werden. Auch die Kooperation mit der Firma CRISPR THERAPEUTICS dürfte in diese Richtung gehen. Vielleicht verkauft BAYER ja demnächst ja auch Antibiotika und Schweine im Doppelpack. ◀

¹ www.presse.BAYER.de/baynews/baynews.nsf/ID/48F176471F9E25B4C1257F2A00352FC2

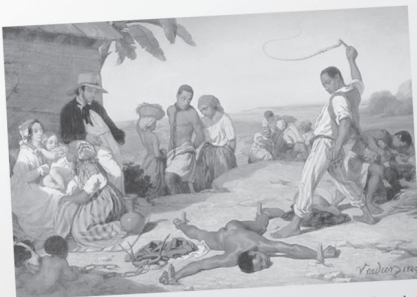
Then, C. (2016a) Synthetic gene technologies applied in plants and animals used for food production Overview on patent applications on new techniques for genetic engineering and risks associated with these methods, TESTBIOTECH, www.testbiotech.org/node/1543

Then, C. (2016b) Gentechnik-Tiere: Risiko für Mensch und Umwelt, Studie im Auftrag der Grünen im Deutschen Bundestag, TESTBIOTECH, www.testbiotech.org/node/1568.

Rainer Roth: Sklaverei als Menschenrecht

Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich

Rainer Roth



Über die bürgerlichen Revolutionen in England, den USA und Frankreich

**Sklaverei
als
Menschenrecht**

Aus dem Inhalt

- Bürgerliche Revolution – Aufschwung der Sklaverei
- Menschenrecht auf Sklaverei – verfassungsgemäß
- Ideologen der Sklaverei (u.a. John Locke, Jefferson, Condorcet)
- Humanität: Ursache der Abschaffung von Sklaverei und Sklavenhandel?
- Nach Abschaffung der Sklaverei – moderne Sklaverei
- Sklaverei und Kapitalismus
- Universale Menschenrechte unmöglich

Frankfurt November 2015, 612 Seiten

ISBN 978-3-932246-80-7

Preis: 15 € inklusive Porto

Bestellung über info@dvs-buch.de bzw. info@klartext-info.de

Einleitung und Inhaltsverzeichnis zu lesen unter

www.klartext-info.de.

**612 Seiten
15,- €
inklusive Porto**

Turbulente BAYER-Hauptversammlung

Profite & Proteste



Die tägliche BAYER-Dosis gib den lieben Kleinen heute ... Das CBG-Agitproptheater setzt vor der Hauptversammlung in Szene, was die Werbe-Abteilung des Konzerns sich so für Kindergärten ausgedacht hat.

Die diesjährige BAYER-Hauptversammlung sollte eine rauschende Abschiedsparty für den scheidenden Vorstandsvorsitzenden Marijn Dekkers werden, denn der Niederländer hatte die Erträge des Leverkusener Multis noch einmal beträchtlich steigern können. Doch dazu ließen es ImkerInnen, Medikamenten-Geschädigte, Pipeline-GegnerInnen und andere Konzern-KritikerInnen nicht kommen. Sie zogen nämlich eine ganz andere Bilanz der Ära Dekkers.

Von Jan Pehrke

Schon früh am Morgen der BAYER-Hauptversammlung war die Polizei mit drei Mannschaftswagen vor dem Kölner Messegelände aufgefahren. Ihr schwante offenbar Böses. Und gut wurde es im Folgenden wirklich nicht für den Leverkusener Multi. Bald nämlich schon füllte sich der Vorplatz mit einem bunten Völkchen,

das mit Dividenden so gar nichts im Sinn hatte. ImkerInnen streiften ihre weißen Schutzanzüge über, warfen ihre Rauchbläser an und errichteten einen Bienenfriedhof, um gegen die tödlichen Pestizide made by BAYER zu protestieren, die ihre Tiere elendig verenden lassen. Unterstützung erhielten sie dabei von den fleißigen

Bienen des BUND und der Initiative SUM OF US, die überall herumschwirrten und Flugblätter verteilten. Auch GegnerInnen des Ausbaus der Autobahn A1 hatten sich eingefunden, soll doch die neue Strecke teilweise über die Dhünnaue-Deponie des Multis führen, was eine Öffnung des Gift-Grabes notwendig macht. Mit ihrem

Chemie-kotzenden Haus aus den alten Zeiten des Protestes gegen die Müll-Lagerstatt führten die Leverkusener den AktionärInnen die Gefahren des Vorhabens plastisch vor Augen. Neben ihnen hatte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) einen kleinen Kindergarten aufgebaut. Mittendrin injizierte ein Arzt den Kindern mit einer riesigen Spritze BAYER-Stoff – eine drastische Illustration des Angriffs auf die Köpfe der Kleinsten, den der Global Player mit der Verteilung seiner Wimmelbücher in den Horten gestartet hat.

Zu noch extremen Mitteln griffen aus gegebenem Anlass die vielen Medikamenten-Geschädigten bzw. deren Angehörige. Mitglieder von RISIKO PILLE hatten zum Gedenken an die Frauen, die durch Verhütungspräparate des Pharma-Riesen umkamen, eine Reihe von Kreuzen aufgestellt. „Tina 22 – Pille: YASMIN – Lungenembolie mit Todesfolge“ war darauf beispielsweise zu lesen. Diesen Anblick wollten die Polizei und BAYER dem HV-Publikum möglichst ersparen. Die OrdnungshüterInnen gaben immer wieder rote Linien vor, die der Protest nicht überschreiten dürfe, weil er sonst den AktionärInnen zu nahe gerückt wäre. Sogar Anordnungsstrafen drohten sie an. Das Unternehmen indessen ließ die Busse, welche die Aktien-HalterInnen vom Bahnhof zur Messe kutschierten, nicht etwa direkt vor dem Eingang, sondern weit ab vom Schuss halten. Aber den Konzern-KritikerInnen gelang es trotzdem, die Kontaktsperre zu unterlaufen und die BesucherInnen mit Informationen zu versorgen.

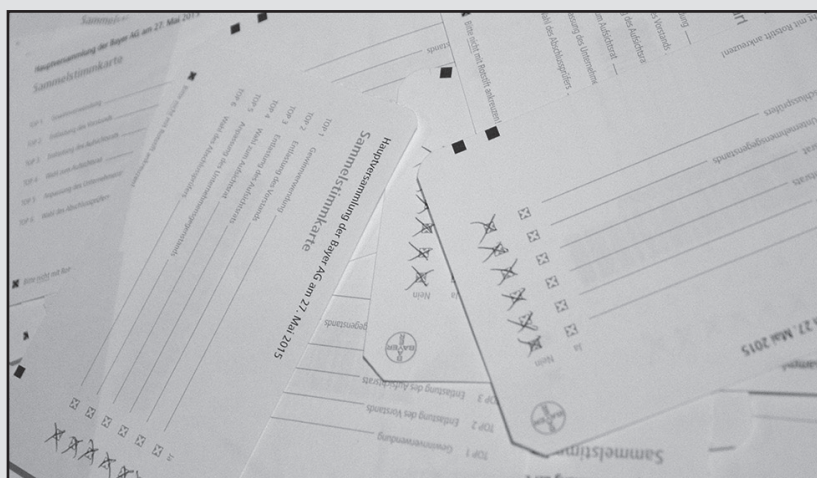
In der Halle selber tat sich denen dann ein völlig andere Welt auf. Hatte der Global Player draußen noch „low profile“ gezeigt und alle optischen Hinweise auf sich selber und seine Hauptversammlung getilgt, um nicht zusammen mit den AktivistInnen auf einem Presse-Foto zu erscheinen, so zeigte er im „geschützten Raum“ vollen Einsatz. Kaum ein Quadratzentimeter Wand blieb als BAYER-Werbefläche ungenutzt. Und hatte es vor den Toren auf einem CBG-Transparent noch geheißt: „Opgepast Marijn Dekkers, Profit is niet lekkers!!“, so fanden Aufsichtsrat und Aktionärs-VertreterInnen in der Messehalle gerade daran Geschmack. „Sie haben die vom Aufsichtsrat in Sie gesteckten Erwartungen mehr als erfüllt,

„Die Schmerzen waren manchmal unerträglich, und unser Leben verwandelte sich in einen Alptraum“, klagte die ESSURE-Geschädigte Gemma López an

BAYER hervorragend weiterentwickelt und entscheidende Weichen gestellt“, bedankte sich Aufsichtsratschef Werner Wenning bei dem Niederländer, hatte der die Aktien-Gesellschaft doch zwischenzeitlich sogar zum wertvollsten Konzern Deutschlands gemacht. Marc Tüngler von der „Schutzvereinigung für Wertpapier-Besitz“ mochte da nicht hintanstellen und schwärmte von einer „extrem beeindruckenden Performance“.

Aber nach diesen Ausführungen und der Rede von Marijn Dekkers himself war es mit der Profit-Herrlichkeit auch schon wieder vorbei. Die KritikerInnen übernahmen das Wort und sollten es bis zum Ende der Veranstaltung nicht mehr abgeben.

Abstimmungsergebnisse



Die Abstimmungen auf den AktionärInnen-Hauptversammlungen der Konzerne dominieren wenige GroßaktionärInnen (Ultrareiche, Investmentfonds, Banken etc.) Sie sorgen für sichere Mehrheiten von 90 Prozent + x. Die vielen hunderttausend KleinaktionärInnen besitzen zusammen lediglich fünf bis zehn Prozent der Aktien. Entsprechend beachtlich sind die Abstimmungsergebnisse für die Kritischen AktionärInnen bei BAYER. (Da das Unternehmen die Anzahl der Enthaltungen nicht nennt, ergeben sich im Verhältnis der absoluten Zahlen zu den Prozent-Angaben Schwankungen.)

Gewinn-Verwendung

Nein-Stimmen: 892.410
(0,2 Prozent); Vorjahr: 0,3 Prozent

Entlastung Vorstand

Nein-Stimmen: 7.646.422
(1,6 Prozent); Vorjahr: 1,5 Prozent

Entlastung Aufsichtsrat

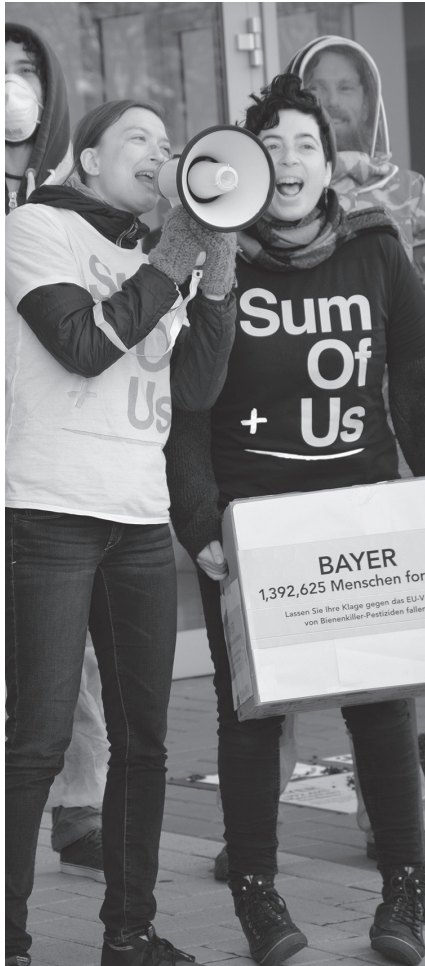
Nein-Stimmen: 20.356.571
(4,3 Prozent); Vorjahr: 3,1 Prozent

Vergütungssystem Vorstand

Nein-Stimmen: 91.596.999
(18,9 Prozent)

24 Einsprüche gegen die Logik des Kapitals formulierten sie und setzten dabei Themen wie Nebenwirkungen von Medikamenten, Bienensterben und andere Pestizid-Folgen, Gentechnik, Steuertricks, die Kohlenmonoxid-Pipeline, Konzern-Propaganda und die Lage der Beschäftigten auf die Tagesordnung. So mancher von ihnen nahm dafür eine weite Anreise in Kauf. Mani Prakash etwa war extra aus Indien nach Deutschland geflogen, um darzulegen, was BAYER-Pestizide in ihrem Land anrichten. Allerdings durfte sie es nicht selber tun: Obwohl der Konzern sich immer viel auf seine Internationalität zugute hält, besteht er bei seinen Hauptversammlungen auf „Deutsch“ als Amtssprache. So sprang Carolijn Terwindt vom EUROPEAN CENTER FOR CONSTITUTIONAL AND HUMAN RIGHTS der Inderin bei und verlas die Übersetzung des Beitrags. „Ich bin eine Anwältin aus Bombay. Vor





Kurzem habe ich mehrere Dörfer in Indien besucht, um mir selbst ein Bild zu machen von den Vorteilen der Pestizid-Nutzung durch die örtlichen Bauern. Zu meiner Überraschung musste ich feststellen, dass BAYER in diesen Dörfern erhebliche Verletzungen nationaler und internationaler Gesetze und Standards vorgeworfen wer-

den kann“, bekamen die AktionärInnen so zu hören. Der Agro-Riese informiert nämlich Prakash zufolge weder HändlerInnen noch LandwirtInnen in ausreichendem Maße über die Gefahren der Ackergifte und verstößt damit gegen die Richtlinien der UN-Welternährungsorganisation FAO. Überdies hält er kaum Schulungen ab und verteilt auch keine Schutzkleidung. Zudem fehlen auf den Packungen in verständlicher Form angebrachte Sicherheitshinweise. Als Folge davon klagen viele FarmerInnen über Hautreizungen, Kopfschmerzen, Übelkeit und Fieber. „Besonders problematisch ist, dass viele Kinder auf den Äckern und auch beim Sprühen von Pestiziden helfen. Auch sie leiden dann unter brennenden Augen und Haut-Problemen“, klagte die Juristin aus Bombay an.

Gemma López kam aus Spanien nach Köln. ESSURE, BAYERS ohne Hormone auskommendes Mittel zur Sterilisation, hatte sie dazu veranlasst. Eine schier unendliche Krankengeschichte hatte sie im Gepäck. Und da diese möglichst wenig AktionärInnen zu Gehör kommen sollte, hat die Hauptversammlungsregie López – ebenso wie die anderen Medikamenten-Geschädigten – erst spät am Nachmittag vor das Mikrofon treten lassen. Von Unterleibsbeschwerden, Uterus-Kontraktionen,

chronischer Erschöpfung, schmerzvollem Geschlechtsverkehr und Organ-Schädigungen berichtete die Spanierin. „Die Schmerzen waren manchmal unerträglich, und unser Leben verwandelte sich in einen Alptraum“, so López. Fünf Jahre dauert das Martyrium nun schon an, und ein Ende ist immer noch nicht abzusehen.

Nachdem die ÄrztInnen der Frau schon die Eileiter entfernen mussten, steht demnächst die Exzision der Gebärmutter an. In fast perfektem Deutsch warnte sie den Vorstand: „Seien Sie sich eines bewusst: Die betroffenen Frauen in Europa sowie in den Vereinigten Staaten mobilisieren sich, damit die Gesundheitsämter in dieser Sachlage eingreifen!“

López engagiert sich dafür in der Assoziation der spanischen ESSURE-Geschädigten. Angélica del Valle steht dieser Organisation vor. Die 33-Jährige stellte deshalb in der Messe-Halle von Anfang an klar, dass sie nicht nur für sich selbst spricht. Gleich nachdem sie dem Saal ihren Namen genannt hatte, ergänzte sie: „Auch heiße ich Gemma und Elena“ und fuhr dann nach einer Weile fort: „Ich bin auch Angie – 5.300 betroffene Frauen in den Vereinigten Staaten, bin Marielle – 1.550 Frauen in Frankreich.“ In Österreich endete schließlich ihre Vorstellungstour.

Auch sonst arbeitete der Vorstandsvorsitzende in seinen Antworten auf die Rede-Beiträge wieder mit den seit Jahren erprobten Textbausteinen wie Produkt X sei „bei sachgemäßer Anwendung sicher für den Verbraucher und die Umwelt“



grünes blatt



Zeitschrift für Umweltschutz von unten

Herrschaftskritik
Energiekämpfe
Mensch-Tier-Verhältnis
Anti-Knast-Arbeit

Einzelabo 15€, 10er-Abo 60€ / 4 Ausgaben
Gratis-Probeexemplar

mail@gruenes-blatt.de

Mitglieder von RISIKO PILLE – INITIATIVE THROMBOSE-GESCHÄDIGTER griffen zu einer anderen Methode, um sich nicht als bedauerliche Einzelfälle abspesen zu lassen: Sie schritten gleich in Mannschafstärke vor das Mikrofon. Christin Berndt sprach für die Gruppe und konfrontierte den Saal zu Beginn mit acht Schicksalen von Frauen, denen die BAYER-Verhütungsmittel wegen ihres besonders hohen Thrombose-Risikos zum Verhängnis wurden. „Luisa wurde nur 17 Jahre alt. Sie starb nach dreistündigen Wiederbelebungsmaßnahmen an einer Lungenembolie. Tina brach auf dem Bürgersteig zusammen, wurde vergeblich eine Dreiviertelstunde reanimiert und starb mit nur 22 Jahren an einer Lungenembolie“, hob sie an und schloss ihre Aufzählung mit der 23-jährigen Nina, während Susan Tabbach die Portraits der Verstorbenen hochhielt. „Diese acht Frauen, Herr Dr. Dekkers, sind Teil ihrer Bilanz“, resümierte Berndt und hielt fest: „Sie stehen stellvertretend für die hundert von toten und zehntausenden von geschädigten Frauen weltweit, die nach Einnahme ihrer Produkte schwere gesundheitliche Schäden erlitten haben oder verstorben sind.“

Auch Stephan Schickentanz erhob Einspruch gegen die verharmlosende Rede von den Einzelfällen und widerlegte sie mathematisch. Es stützte sein Rechen-

Exempel auf die rund zwei Milliarden Dollar, welche der Pharma-Riese in den USA bisher schon als Entschädigungen gezahlt hat und fragte den versammelten BAYER-Vorstand: „Entschuldigung, Milliardenbeiträge für Einzelfälle? Wie viel Geld hat eine geschädigte Frau denn bekommen? 20 Millionen oder 50 Millionen Euro??? Nein, liebe Aktionäre, keine Frau hat 20 Millionen bekommen, sondern nur einen minimalen Bruchteil davon.“

Die KritikerInnen übernahmen das Wort und sollten es bis zum Ende der Veranstaltung nicht mehr abgeben. 24 Einsprüche gegen die Logik des Kapitals formulierten sie

Und damit endeten die Beiträge zu den bitteren Pillen aus dem Hause BAYER noch lange nicht. Andre Sommer ergriff zu dem Schwangerschaftstest DUOGYNON das Wort, den der 2006 vom Leverkusener Multi geschluckte SCHERING-Konzern bis in die 1970er Jahre hinein vermarktet hatte – mit verheerenden Folgen. Tausende Mütter

brachten Kinder mit Geburtsfehlern wie Herzstörungen, offenen Rücken, deformierten Gliedmaßen und/oder Organschädigungen zur Welt. Auch Sommer hat bereits zahllose Operationen hinter sich. In Köln berichtete der Lehrer von seinen neuen Archiv-Funden. Diese belegten einmal mehr, dass SCHERING schon sehr früh von den verheerenden Wirkungen des Mittels wusste – und alles tat, um nichts tun zu müssen.

Angesichts der erdrückenden Belege riet ein Experte SCHERING den Dokumenten zufolge, in den Schadensersatz-Prozessen

Schamlose Profite

Eine BAYER-Aktie hat einen Anteil am Kapital des Konzerns von 2,56 Euro. Auf jede Aktie wurde eine Dividende von 2,50 Euro ausgeschüttet. Das entspricht einer Kapitalrendite von sage und schreibe 98,0 Prozent. Um diese Schamlosigkeit in der Öffentlichkeit zu verschleiern, wählt der Global Player als Berechnungsgrundlage jedoch den aktuellen Kurs-Wert seiner Aktie, der sich gegenwärtig auf etwa 108 Euro beläuft. Damit fällt die Dividende – Hokuspokus – auf lediglich 2,3 Prozent.

bei der Kausalitätsfrage anzusetzen und systematisch Zweifel an dem ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Medikament und den unerwünschten Arznei-Effekten zu säen. Zudem eruierte der Konzern in England die politische Stimmung im Unterhaus und ließ PolitikerInnen-Dossiers anfertigen. Über einen Mandatsträger hieß es darin beispielsweise: „Ein führender linker Flügelspieler, unachgiebig, sehr klug, ein gewaltiger Gegner, vollkommen unbestechlich“. Auch mit WissenschaftlerInnen schloss der Konzern sich kurz. Ein Mitarbeiter der englischen Gesundheitsbehörde traf sich auf den Bermudas mit UnternehmensvertreterInnen und sicherte ihnen zu, eine DUOGYNON-

3,30€ pro Heft,
4mal im Jahr
für 16€ im Abo

Wir Frauen

unabhängig – radikal – solidarisch

Umkämpfte Gesundheit: vom Recht zur Pflicht +++
Frauen und Tabletensucht +++ **Recht auf sauberes Wasser +++** **Kaiserschnitte +++** **Gesundheit als soziale Frage +++** **medizinisches Häftlingspersonal im KZ Ravensbrück +++** **Ist Unlust eine Krankheit? +++** **Italienische Partisaninnen +++** **Umweltaktivistinnen gegen den Ilisu-Staudam in Kurdistan +++** **Debatte um den Augspurg-Heymann-Preis +++** **Gleichberechtigung im Weltraum? +++ u.v.m.**

www.wirfrauen.de





kritische Untersuchung zu vernichten. Ein Mediziner sandte SCHERING sogar seine Studie vor der Veröffentlichung zu und fragte servil an: „Haben Sie wichtige Vorschläge für Text-Änderungen?“ Damit nicht genug, machte er überdies das Angebot: „Falls größere, gravierendere Passagen geändert werden müssten, könnte ich evtl. auch das Manuskript vom Verlag zurückerbitten, bevor es in Druck geht.“ „Sieht so für den BAYER-Konzern unabhängige Wissenschaft aus? Ist das die gängige Art?“, fragte Andre Sommer bohrend. Marijn Dekkers gab die Antwort darauf en passant. Ungerührt verwies er Sommer und anderen Medikamenten-Geschädigten gegenüber auf genau solche Expertisen, um die Arzneien des Pharma-Riesen zu exkulpiert. „Das Nutzen/Risiko-Profil von ESSURE ist in über 100 Studien dokumentiert“, beschied er etwa Gemma López. Und „kein ursächlicher Zusammenhang“ bestehe zwischen DUOGYNON und den beschriebenen Gesundheitsschädi-

gungen, konstatierte der Ober-BAYER. Die Betroffenen treffen solche Worte bis ins Mark. Sie können nicht verstehen, wie jemand so nonchalant über konkretes Leid hinweggehen kann und brauchen entsprechend lange, um die Hauptversammlung „wegzustecken“. Umso mehr Respekt verlangt einem ihre Bereitschaft ab, sich dieser Belastung auszusetzen. Margret-Rose Pyka, die DUOGYNON nutzte und deshalb ein behindertes Kind zur Welt brachte, kannte die formelhaften Ausführungen Dekkers' schon aus früheren Hauptversammlungen. „Ich stelle keine Fragen, weil ich die Antworten nicht ertragen kann“, entschied sie deshalb. Andere versuchten stattdessen, die Worthülsen-Produktion zum Erliegen zu bringen, indem sie auf den „menschlichen Faktor“ bauten. Sie sprachen die BAYER-Vorstände als „Familien-Väter“ an, die als solche doch Anteil nehmen müssten etwa an dem Schicksal der Kontrazeptiva-Geschädigten, die ihre Töchter hätten sein können.

Die OrdnungshüterInnen gaben immer wieder rote Linien vor, die der Protest nicht überschreiten dürfe, weil er sonst den AktionärInnen zu nahe gerückt wäre




unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung

Jetzt kennenlernen – 4 Wochen gratis!

Die UZ schreibt Woche für Woche über Kämpfe in Betrieben, über die Gegenwehr der KollegInnen und ihrer Gewerkschaften, über außerparlamentarische Aktionen, AntifaschistInnen und ihre Kämpfe, über internationale Entwicklungen, Kriege, ihre Hintergründe und die Aktivitäten der Friedensbewegung, über Kultur,

Bildung und vieles mehr. Über aktuelle Themen und auch geschichtliche Zusammenhänge. Kurz, sie ist eine Stimme derer, die Widerstand leisten, den Kapitalismus überwinden möchten und sich für eine gerechte Welt, frei von Ausbeutung und Unterdrückung, Faschismus und Krieg einsetzen.

Ich möchte die UZ 4 Wochen probelesen. Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name

Straße, Hausnr.

E-Mail

Vorname

PLZ, Ort

Telefon



www.unsere-zeit.de

CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . E-Mail: info@unsere-zeit.de . Tel.: 0201 - 17 78 89 - 23

Aber es war nichts zu machen. Den ManagerInnen blieb alles Menschliche fremd. Und das musste es auch, denn „es handelt sich hier um Personen nur, soweit sie die Personifikation ökonomischer Kategorien sind“, wie Karl Marx im „Kapital“ schrieb. Und als solche Personifikationen gehen sie auch über Leichen, wenn's der Geldvermehrung dient. Axel Köhler Schnura vom Vorstand der CBG sagte das dem BAYER-Chef auf den Kopf zu: „Sie haben für die Profite rücksichtslos Menschenleben, soziale Rechte und die Umwelt geopfert.“ Entsprechend zog der Diplomkaufmann eine ganz andere Bilanz der Ära Dekkers als der Aufsichtsratsvorsitzende Werner Wenning. Er machte das an drei Beispielen fest und nannte die durch BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO und die Verhütungsmittel der YASMIN-Reihe verursachten Todesfälle sowie die Arbeitsplatzvernichtung innerhalb des Konzerns durch die Trennung vom Kunststoff-Geschäft. Davon zeugte dann auch das Abschiedsgeschenk, das Köhler-Schnura für den Vorstandsvorsitzenden vorbereitet hatte: drei T-Shirts, die unter dem BAYER-Logo von den YASMIN- und XARELTO-Opfern sowie von den Stellen-Streichungen kündeten.

Während der Konzern für Profite über Leichen geht, hat er auch noch die Chuzpe, seinerseits die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN anzuklagen. „Die Haltung der Coordination steht nicht immer mit den Grundwerten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Einklang. So hat die CBG beispielsweise zum Ziel, BAYER ‚unter gesellschaftliche Kontrolle‘ zu stellen“ – mit dieser Begründung lehnt das Unternehmen einen Dialog mit der Coordination ab. CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes griff dieses Statement in seiner Rede auf und erteilte dem Vorstand politischen Nachhilfe-Unterricht. Er zitierte aus der nordrhein-westfälischen



Die indische Anwältin Mani Prakash protestiert vor den Kölner Messehallen gegen die Risiken und Nebenwirkungen von BAYER-Pestiziden.

Landesverfassung Paragrafen, die vorsehen, Großbetriebe in Gemeineigentum zu überführen, wenn sie eine monopolartige Stellung erlangen, und Zusammenschlüsse, die ihre wirtschaftliche Macht missbrauchen, mit einem Verbot zu belegen. „Unsere Forderung, BAYER unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen, geht also viel weniger weit als der Verfassungstext“, schlussfolgerte Mimkes hinein. Bis in die frühen Abendstunden hinein zogen sich die Beiträge der Konzern-KritikerInnen. Von dem kleinen Intermezzo zu Beginn der Hauptversammlung abgesehen, hatten sie die Veranstaltung dominiert. Aber obwohl vielen von ihnen in ihren Reden sogar noch explizit dazu aufgefordert hatten, bei der abschließenden Abstimmung Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten, spiegelte sich das in den Ergebnissen nicht wieder. Diese prägen nämlich

Banken, Investment-Fonds und andere Großaktionäre. Immerhin jedoch erzielte die CBG Achtungserfolge mit 1,6 Prozent Nein-Stimmen bei der Entlastung des Vorstands und 4,3 Prozent Nein-Stimmen bei der Entlastung des Aufsichtsrats.

Nicht in solchen Zahlen bemisst sich für die Coordination jedoch der Lohn ihrer Arbeit. Der CBG kommt es vielmehr darauf an, mit ihren HV-Aktionen ein Bewusstsein für die Risiken und Nebenwirkungen der Profit-Jagd zu schaffen. Und dies gelang. Im Saal selber spendeten viele Aktiven-HalterInnen den Gegen-RednerInnen Beifall, und nach außen drang ihr Engagement auch. Bis in indische Zeitungen hinein gelangte beispielsweise die Kunde von den 1,4 Millionen Unterschriften zum Stop von Bienenkiller-Pestiziden, die AktivistInnen von SUM OF US dem Vorstand an diesem 29. April überreicht hatten. ◀

SCHWERPUNKT – FREIE RADIOS

- * Flüchtlingskrise und Flüchtlingskommunikation
- * Klima, Kohle und Kampagnen
- * c3s: Unsere Autonomie basiert auf freier Software

Ein Schnupperabo 3 Monate frei Haus - für nur 7,50 €!

Endet automatisch und muss nicht gekündigt werden!

Gegen Vorkasse: Schein / Briefmarken / Bankeinzug.
Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.,
Schönfelderstr. 41A, 34121 Kassel www.contraste.org

CONTRASTE

DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION



BLOCKUPY UND DIEM25

Blockupy spricht mit CONTRASTE über ihr Verhältnis zur neuen Bewegung DiEM25.

ENERGIEGENOSSENSCHAFTEN

Die Energieagentur Rheinland-Pfalz und das Landesnetzwerk Energiegenossenschaften Rheinland-Pfalz stellten eine frisch erstellte Broschüre vor.

WISMAR: REFUGEES WELCOME

Einige Flüchtlinge besuchten den Olgashof in Wismar.

Von Arbeitsplatzvernichtung bis XARELTO

24 Einsprüche



Der DUOGYNON-Geschädigte Andre Sommer liest dem Vorstand die Leviten.

Der Faz gefallen die AktionärInnen-Treffen von BAYER nicht. Die Zeitung klagte jüngst über das Gros der HauptversammlungsrednerInnen, das sich „zu Themen äußert, die nicht viel mit Bilanzen zu tun haben“. Und in der Tat wartete die Journalistin des Blattes am 29. April in den Beiträgen der 24 Konzern-KritikerInnen vergeblich auf Zahlen. Stattdessen bekam sie so einiges über Bienensterben, Gentechnik, üble Marketing-Praktiken, gefährliche Giftgasleitungen, Steuertricks, Altlasten und die Lage der Beschäftigten zu hören.

Von Jan Pehrke

Das größte Kapitel im „Schwarzbuch BAYER“ nahm auch bei der diesjährigen Hauptversammlung wieder das Thema „Bienensterben“ ein. Gleich sechs Beiträge befassten sich mit dieser Nebenwirkung von Ackergiften aus dem Hause des Leverkusener Multis. Die Imkerin Heike Holzum erinnerte noch einmal an das Jahr 2008, als die bisher größte Bienen-Vergiftung durch die legale Anwendung eines Pestizids geschah: Am Oberrhein erlagen

12.500 Bienenvölker BAYERs Saatgut-Beize PONCHO. Dazu hätte es Holzum zufolge nicht kommen müssen, denn bereits seit 1994 lagen Erkenntnisse über die verheerenden Effekte der zur Gruppe der Neonicotinoide gehörenden Agro-Chemikalien auf Bienen vor. Der Global Player hat diese jedoch nicht beachtet und macht bis heute andere Gründe für das Sterben der Tiere überall auf der Welt geltend. Vor allem die Varroa-Milbe nennt er immer wieder

als Ursache. „Wie lange wollen Sie uns dieses Märchen noch erzählen“, fragte Holzum den Vorstand deshalb. Auch Michael Slaby von der Initiative MELLIFERA warf dem Konzern vor, das Vorsorge-Prinzip missachtet zu haben. „Erklären Sie uns mal bitte, wie die ‚vorsorgende Haltung‘ Ihres Unternehmens aussieht gegenüber den sich verdichtenden Studien, die von einer hirnschädigenden Wirkung der Neonicotinoide nicht nur bei

Insekten, sondern auch bei uns Menschen und insbesondere bei Föten und Säuglingen warnen“.

Für den präventiven Gesundheitsschutz müssen stattdessen andere sorgen wie etwa die „Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit“ (EFSA). Diese untersuchte die Ackergifte und bescheinigte ihnen, die Gesundheit von Bienen anzugreifen. Daraufhin entzog die Europäische Kommission den BAYER-Mitteln PONCHO und GAUCHO sowie dem SYNGENTA-Produkt CRUISER vorläufig die Zulassung. Der Leverkusener Multi aber hatte nichts Besseres zu tun, als gegen diese Entscheidung gerichtlich vorzugehen, monierte die Imkerin Annette Seehaus-Arnold.

Ihr Kollege Christoph Koch vom Erwerbsimkerbund sowie Anne Isakowitsch von der Initiative SUM OF US kritisierten dieses Vorgehen ebenfalls. Isakowitsch verlangte vom Agro-Riesen, die Klage zurückzuziehen und wusste sich darin mit 1.392.625 Menschen einig – so viele Unterschriften zur Unterstützung ihrer Forderung übergab sie dem Vorstand um BAYER-Chef Marijn Dekkers. Corinna Hölzel vom BUND appellierte ebenfalls an den Konzern, die juristische Auseinandersetzung zu beenden. Darüber hinaus lenkte sie die Aufmerksamkeit noch auf einen Neonicotinoid-Wirkstoff von BAYER, den die EU verschont hat: Thiacloprid. Für den HobbygärtnerInnen-Bereich bietet der Global Player die Substanz zwar nicht mehr an, die LandwirtInnen können ihn jedoch nach wie vor erwerben. So findet sich der Stoff dann nicht nur in den Bienen wieder, sondern auch in ihrem Produkt, dem Honig. Und seit Kurzem darf es sogar wieder ein wenig mehr sein: Als die EFSA den Grenzwert für Thiacloprid im Februar 2016 von 0,2 auf 0,05 mg/kg senkte, schrieb der Konzern einen Brandbrief



Susan Tabbach und Christin Berndt mit dem Bild eines Verhütungsmittel-Opfers.

nach Brüssel und bekam prompt „geliefert“ – die Lebensmittelbehörde machte den Beschluss rückgängig. „Ist BAYER tatsächlich der Meinung, dass sich ein Grenzwert für Lebensmittel am Absatz eines Pestizids und nicht an der Gefahr für die menschliche Gesundheit orientieren soll?“, fragte Hölzel eindringlich. Der Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers ging darauf nicht näher ein und bekräftigte stattdessen: „BAYER ist davon überzeugt, dass der ursprüngliche Grenzwert für Verbraucher sicher ist und dass dieser Honig bedenkenlos verkauft werden kann. Die Rückstände, die im Honig gefunden wer-

den, sind auch weit unterhalb einer Konzentration, die für Bienen problematisch sein könnte.“ Und selbstredend war der Konzern auch generell „... davon überzeugt, dass unsere Neonicotinoide sicher sind für die Umwelt, wenn sie sachgerecht eingesetzt werden“.

Doppelte Standards

Christian Schliemann vom EUROPEAN CENTER FOR CONSTITUTIONAL AND HUMAN RIGHTS (ECCHR) widmete sich mit LARVIN, NATIVO, CONFIDOR und REGENT weiteren Pestiziden. Hatte BAYER kurz zuvor in einem Werbe-Video noch glückliche

SoZ Sozialistische Zeitung
 Nr. 3 - 29. Jg. - März 2016 - 3,50 Euro - www.sozonline.de

Das Gespräch Seite 5
 Anna Passolunghi über den Widerstand gegen die Abschaffung des Streikrechts

Griechenland nach der Wahl Seite 14, 16, 17, 18, 19
 Die Griechen haben die Wahl verloren. Was bedeutet das für die Zukunft des Landes?

Ein Interview Der erste Interview mit dem Chef der Gewerkschaften

Kapital & Arbeit Seite 7-13
 Die Krise des Kapitalismus und die Rolle der ArbeiterInnen

International Seite 20-25, 28, 29
 Ukraine, Libanon, Syrien

Frankfurt Seite 30-31
 Die Stadtverwaltung und die BürgerInnen

Debatte Seite 32-35
 Die Zukunft der Sozialistischen Bewegung

Faustlos Seite 36-37
 Die Zukunft der Sozialistischen Bewegung

David gegen Goliath
 Keine Kapitalisten für Griechenland – die ist die Bereitschaft von Bienen mit dem Anbau von Thiacloprid zu kämpfen. Die Bienen sind nicht nur ein Insekt, sondern auch ein Mensch. Sie sind ein Teil der Natur, die wir nicht zerstören dürfen. Wir müssen sie schützen und ihnen helfen, sich gegen die Gefahren der Pestizide zu wehren.

SoZ Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein
 (keine automatische Verlängerung)

Bestellung an: SoZ-Verlag · Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
 redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

HV - Echo

Wer etwas anprangern will, das mit BAYER zu tun hat, wendet sich an erfahrene Leute. Also haben sich einige Leverkusener, denen der Ausbauplan für die A 1 samt großflächiger Öffnung der Giftmüll-Deponie nicht geheuer ist, an die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gewandt. In deren Schatten wollen die Bürger am Freitag vor den Kölner Messehallen demonstrieren.

L Leverkusener Anzeiger

Million people urge BAYER to stop bee-killer pesticides.

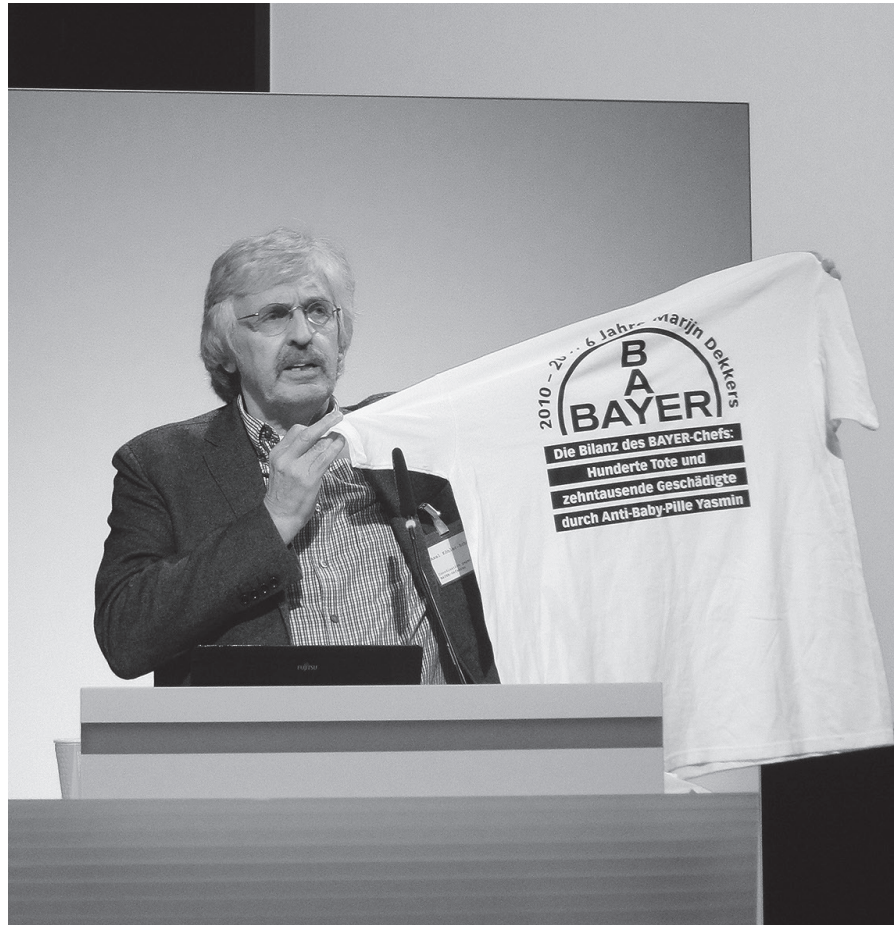
Agence France Press über die Übergabe von 1,4 Millionen Unterschriften während der Hauptversammlung.

Was ist das? Sicherheitskräfte überall, Fahrverbot für Räder („Es könnten Busse kommen“), viel Polizei, verschlossene Türen, danach Eingangskontrollen für namentlich bekannte Personen in einer Weise, von der chinesische Kontrolleure noch etwas lernen könnten. Schließlich eine enge Begleitung zum abgeschiedenen Presse-Zentrum, damit der Journalist bloß nicht ausbüxt – wir besuchen die Hauptversammlung des BAYER-Konzerns.

L Leverkusener Anzeiger

Bei einer Demonstration anlässlich der Hauptversammlung von BAYER in Köln haben Teilnehmer gestern u. a. mit einer Puppe und neben einem Plakat „BAYER raus aus der Kita“ gegen ein Verteilen von BAYER-Informationen in Kindertagesstätten demonstriert. Drinnen bessere Stimmung: Der scheidende BAYER-Chef Marijn Dekkers sagte vor 3.000 Aktionären, das Unternehmen habe eine gute Zukunft vor sich.

Norddeutsche Neueste Nachrichten



Der CBGler Axel Köhler-Schnura mit dem Abschiedsgeschenk für Marijn Dekkers.

LandwirtInnen präsentiert, die von den Segnungen der Agro-Chemie kündeten, so berichtete Schliemann von ganz anderen Bildern. Seine Organisation hatte nämlich vor Ort auf indischen Feldern einen Film gedreht, der ein Kontrastprogramm zu dem PR-Clip bietet. Die ECCHR-Aufnahmen zeigen FarmerInnen, die ihre Gesundheit riskieren, weil sie – noch dazu ohne Schutzkleidung – Pestizide ausbringen, die in Europa wegen ihrer Gefährlichkeit zum Teil längst nicht mehr erhältlich sind und keine ausreichenden Sicherheitshinweise bieten.

Die indische Rechtsanwältin Mani Prakash hatte dies der Hauptversammlung bereits zu Gehör gebracht (siehe S. 21). Schliemann konzentrierte sich deshalb auf einen anderen Aspekt. Er interessierte sich dafür, wo beim Unternehmen die Verantwortung für diese Politik der doppelten Standards liegt. Er wollte zum Beispiel wissen, welche Kenntnisse Vorstand und Aufsichtsrat von den Anwendungsbedingungen für LARVIN & Co. in Indien haben und wie sie die Einhaltung der Pestizid-Exportvorschriften überwachen. Dekkers bekundete, der Konzern würde Berichten

über etwaige Verstöße gegen Gebrauchsvorschriften immer „intensiv“ nachgehen, selbstverständlich die Bestimmungen über die Ausfuhren von Ackergiften einhalten und auch den Verhaltenskodex der FAO respektieren. Wie es dann aber zu den indischen Verhältnissen kommen konnte, darüber blieb er eine Erklärung schuldig.

Christoph Then von der Initiative TEST-BIOTECH wandte sich einem weiteren risikoreichen Produkt aus BAYERS Landwirtschaftsabteilung zu, dem Gen-Soja FG72. Die ForscherInnen des Konzerns haben die Pflanze mit Namen BALANCE, für die der Global Player bei der EU eine Import-Zulassung beantragt hat, gleich mit zwei Resistenzen gegen Pestizide ausgestattet. Sie ist sowohl gegen Glyphosat immun, über dessen karzinogenen Effekte die ExpertInnen noch streiten, als auch gegen Isoxaflutol, das laut Then bereits offiziell als „wahrscheinlich krebserregend“ klassifiziert ist. Besonders auf Glyphosat haben sich die Unkräuter schon relativ gut eingestellt, weshalb die LandwirtInnen immer größere Mengen verwenden müssen. Von einem regelrechten „Wettrüs-

ten auf dem Acker“ sprach der Gentech-Kritiker deshalb. Im Falle von FG72 ist das ihm zufolge besonders verheerend, denn die Behörden haben der Labor-Frucht eine Genehmigung erteilt, ohne die möglichen Effekte der Kombinationswirkung von Glyphosat und Isoxaflutol geprüft zu haben. Kein Problem, wiegelte der BAYER-Chef in seiner Antwort auf Then ab: „Risiko-Bewertungen werden üblicherweise auf der Basis von Einzelstoffen durchgeführt. Für Mischungen in Produkten gibt es jedoch umfangreiche Regulierungen.“ Trotzdem würde der Konzern, „die Bemühungen der EU, praktikable und effiziente Methoden für eine kumulative Risiko-Bewertung zu finden“ unterstützen, gab Dekkers den Märchen-Onkel. Zudem versicherte er: „Wir beschäftigen uns intensiv mit den Auswirkungen des Soja-Anbaus auf die Umwelt.“

Hemmungsloses Marketing

Mit den Auswirkungen von BAYERs hemmungslosem Pharma-Marketing auf die Gesundheit beschäftigte sich der Mediziner Dr. Jan Salzmann von der ÄrztInnen-Initiative MEIN ESSEN ZAHL ICH SELBER (MEZIS). „Wir Ärzte erwarten von einem Pharmazie-Unternehmen, dass es Medikamente für die Krankheiten entwickelt,

an denen unsere Patienten leiden. BAYER macht es manchmal umgekehrt. Da werden Krankheiten für Medikamente entwickelt“, erklärte Salzmann. So hat der Konzern ihm zufolge die „Wechseljahre des Mannes“ kreiert, um den Verkauf seiner Hormon-Präparate anzukurbeln, und eine Marketing-Firma damit beauftragt, diese Diagnose an den Mann zu bringen. Nebenwirkungen der Testosteron-Gaben wie erhöhtes Herzinfarkt- und erhöhtes Krebs-Risiko nahm das Unternehmen bei dem Coup billigend in Kauf, kritisierte der Mediziner.

Das alles wies der „Ober-BAYER“ natürlich weit von sich. Der Konzern sehe sich einem verantwortungsvollen Marketing gemäß internationalen Standards verpflichtet und suche für seine Produkte auch keine Anwendungsgebiete jenseits der von den Aufsichtsbehörden genehmigten, so Dekkers. Und bei den „männlichen Wechseljahren“ handelte es sich seiner Meinung nach um ein veritables klinisches Syndrom. Er zauberte dafür sogar eine standesgemäße lateinische Fachbezeichnung aus dem Hut: Hypogonadismus. Diesen gibt es zwar tatsächlich, allerdings ist er längst nicht so weit verbreitet, als dass er dem Pharma-Riesen ein einträgliches Geschäft verspräche. Also arbeitet

er hart an einer „Ausweitung der Krankheitszone“.

BAYERs Steuertricks

CBG-Geschäftsführer Philipp Mimkes befasste sich mit einer anderen Marketing-Aktivität. Der Leverkusener Chemie-Multi hatte in Kindergärten sogenannte Wimmelbücher verteilen lassen, die das Leben auf den Firmen-Arealen in den buntesten Farben malen und zu einer Art Disneyland mit Schornsteinen verklären. Paradiesische Zustände gibt es für den Pillen-Riesen Mimkes zufolge aber auch im wirklichen Leben - steuerparadiesische. In Holland und Belgien beispielsweise: Dort hat der Konzern seine großen Finanzgesellschaften angesiedelt. Sie treten nominell als Eigentümer von BAYER-Töchtern in aller Welt auf, was konzern-interne Geschäfte zu Lasten des bundesdeutschen Fiskus ermöglicht. Auch gewähren diese Briefkasten-Firmen anderen Unternehmensniederlassungen Kredite. Für die anfallenden Zinserträge müssen sie kaum Abgaben zahlen, während die Zins-Zahlungen andernorts von der Steuer abgesetzt werden können. Als Folge dieser Vermeidungspraxis darbt der Stammsitz des Chemie-Multis, den dieser zu allem Übel auch noch zusätzlich mit

5. Internationaler IPPNW-Kongress Medizin & Gewissen Was braucht der Mensch? Nürnberg, 14.–15. Oktober 2016

ReferentInnen u.a.: Prof. Dr. Dr. Heiner Bielefeldt | Dr. Frank Dörner | Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner | Prof. Dr. Frank Erbguth
Erika Feyerabend | Thomas Gebauer | Dr. Monika Hauser
Prof. Dr. Wolf-Dieter Ludwig | Jörg Schaber | Dr. Michael Wunder
Infos & Anmeldung: www.medizinundgewissen.de



Ärzte für Frieden und soziale Verantwortung e.V.
Regionalgruppe Regionalgruppe Nürnberg – Fürth –
Erlangen der International Physicians for the
Prevention of Nuclear War (IPPNW)



Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung
des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.
Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.: 030 / 698 07 40
www.ippnw.de – kontakt@ippnw.de



Testimonial

„Noch einmal vielen Dank für ihr Mitwirken! Ohne die Unterstützung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN wäre der Film so nicht möglich gewesen!“

Michaela Kirst, Regisseurin des Films „50 Jahre Pille“

O-Ton BAYER

„Wir sind seit Langem von MONSANTO beeindruckt und teilen die Überzeugung, dass durch ein integriertes Geschäft erheblicher Wert für die Aktionäre beider Unternehmen entstehen würde.“

BAYER-Chef Werner Baumann

Au weia, BAYER

Die Konzerne widmen ihren Marken ganze Kongresse, wo sie dann mit PR-Profis über deren Wohl und Wehe diskutieren. Beim „Deutsche Marken-Summit“ vor zwei Jahren stand eher das Wehe auf der Tagesordnung. Und da konnte der Leverkusener Multi natürlich mitreden, nicht nur angesichts der Skandale um den Cholesterinsenker LIPOBAY und die Verhütungsmittel der YASMIN-Reihe. „Wir sehen Krisen nicht als Ausnahmesituation, sie sind nicht einfach plötzlich da – wir sind im Grunde immer von ihnen umgeben“, stellte BAYERS „Head of Corporate Branding“ Uwe Schmidt fest. Das trifft sich ausnahmsweise mal mit der Einschätzung der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die sich nun schon geschlagene 38 Jahre mit der „Dauerkrise BAYER“ beschäftigen muss.

dem Umzug seiner Patent-Abteilung nach Monheim gestraft hat. „Die Weltfirma BAYER beteiligt sich in Leverkusen sehr wenig am Gewerbesteuer-Aufkommen“, zitierte Mimkes den Bürgermeister der Stadt, Uwe Richrath.

Und das dürfte sich in nächster Zeit laut Dekkers auch nicht ändern. Die Gewerbesteuer-Zahlungen an allen deutschen Standorten zusammen würden gegenwärtig „im ein- bis zweistelligen Millionen-Bereich“ liegen, offenbarte der BAYER-Chef dem CBGler. Früher betrug ein Vielfaches dessen. Allein der Abzug der Patentsparte in die nordrhein-westfälische Steuer-Oase Monheim kostet Leverkusen einen Millionen-Betrag. Trotzdem will der Niederländer diese Standort-Verlagerung nicht als Steuerspar-Projekt verstanden wissen: Sie diene angeblich lediglich der „Optimierung der Organisationsstruktur“.

Damit nicht genug, setzt der Agro-Multi seinen Stammsitz auch noch der Gefahr einer Kohlenmonoxid-Leitung aus. Seit 15 Jahren bereits transportiert er das Giftgas damit von Dormagen nach Leverkusen. „Ohne ein Wimpernzucken muten Sie den Anwohnern teilweise eine Halbierung der Rohrwände durch Rost zu“, warf Gottfried Arnold dem Aufsichtsratschef Werner Wenning vor. Des CO-Röhrenwerks, das von Krefeld nach Dormagen führt, aber wegen einer Klage glücklicherweise noch auf eine Betriebsgenehmigung wartet, nahm sich Dieter Donner an. Einmal mehr beschwor der Presse-Koordinator der verschiedenen Anti-Pipeline-Initiativen die Gefährlichkeit des Kohlenmonoxids herauf, von dem schon ein Hauch, die „Menge eines Weinglases – das sind 100 Milliliter“ reiche, um einen Menschen zu töten. Die Warnsysteme entlang der Strecke können nach Ansicht Donners einen „Worst Case“ nicht verhindern, dafür aber etwas anderes, nämlich ein: „Zurück zum ehernen Grundsatz der Chemie, Giftstoffe nur innerhalb der Werke erzeugen und dort unmittelbar zu verarbeiten.“

Dazu war Marijn Dekkers jedoch nicht zu bewegen. Er erklärte die Pipeline für notwendig, um einen „standort-übergreifenden Rohstoff-Verbund für die Kunststoff-Produktion zu schaffen“ – und selbstredend für „sicher“. Dieses Prädikat verlieh er auch der Leitung, die zwischen Dormagen und Leverkusen verläuft. Dass der TÜV bei dieser in dem Teil, der unter dem Rhein verläuft, „gravierende externe Materialverluste“ ausgemacht und ihm noch eine Restlebensdauer von zwei Jahren gegeben hatte, unterschlug der



Anne Isakowitsch von SUM OF US mit über einer Million Unterschriften gegen BAYERS Versuch, einen Freispruch für bienengefährliche Pestizide zu erhalten.

Vorstandsvorsitzende geflissentlich. Den notwendig gewordenen Bau einer neuen Unterquerung widmete er kurzerhand zu einer reinen „Instandhaltungsmaßnahme“ um.

Ein Bau ganz anderer Art sorgt derzeit für heftige Kontroversen in Leverkusen. Und wieder steht BAYER im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Das Land Nordrhein-Westfalen will – nicht zuletzt auf Druck des Global Players hin – eine neue Rheinbrücke bauen und im Zuge dessen auch die Autobahn A1 auf bis zu 12 Spuren verbreitern. Der neue Streckenverlauf soll teilweise über die berüchtigte Dhünnau, BAYERS ehemalige Giftmüll-Deponie, führen. Und dazu müssen die ArbeiterInnen das Gift-Grab öffnen. „Die Gefahren, die von einem Eingriff in die Deponie ausgehen, werden von der Straßenbau-Verwaltung als extrem hoch angegeben“, warnte der Diplom-Ingenieur Helmut Hesse auf der Hauptversammlung. Deshalb forderte er den Konzern auf, sich für die Tunnel-Alternative einzusetzen, wie es etwa Leverkusener Initiativen tun. Das lehnte der Multi jedoch ab. BAYER sei dafür nicht der richtige Ansprechpartner, beschied Dekkers dem Ingenieur und verwies ihn auf Straßen.NRW als „Vorhabenträger“. Im gleichen Atemzug offenbarte er jedoch, dass das Unternehmen an dem ganzen Prozess keinesfalls unbeteiligt ist. So brachte der Konzern seine Vorstellungen in das Planfeststellungsverfahren ein. Er schrieb etwa eine Einwendung und mach-

te seinen Standpunkt bei einer Anhörung deutlich – Umweltschutz-Belange dürfte dabei kaum eine Rolle gespielt haben.

Die feinen Unterschiede

Der Verfasser dieser Zeilen thematisierte die Lage der Beschäftigten bei BAYER und kam dabei vor allem auf die feinen Unterschiede zu sprechen, welche die Aktiengesellschaft bei der Behandlung von Belegschaftsangehörigen macht. So kommen beispielsweise längst nicht alle bundesdeutschen BAYER-WerkerInnen in den Genuss der Standortsicherungsvereinbarung, die unter anderem betriebsbedingte Kündigungen ausschließt. Und dann tun sich noch einmal Gräben zwischen Deutschland und dem Rest der Welt auf: Während etwa die bundesdeutschen Belegschaften 2015 eine Lohn-Erhöhung von 2,8 Prozent erhielten, mussten sich die französischen KollegInnen jüngst mit einem Prozent zufriedengeben. Besonders weit aber geht die Schere in puncto „Tarifverträge“ auseinander. „Nur für etwas mehr als die Hälfte aller Belegschaftsmitglieder weltweit hat BAYER mit Gewerkschaften Tarifvereinbarungen abgeschlossen. Besonders düster sieht es in den USA aus. Dort gelten laut Geschäftsbericht nur

für fünf Prozent der Beschäftigten Tarifverträge oder ähnliche Bestimmungen – Tendenz fallend“, kritisierte das CBG-Vorstandsmitglied und machte dafür Druck von oben verantwortlich.

Das stritt Marijn Dekkers natürlich ab: Beschäftigten-VertreterInnen hätten bei BAYER keine Nachteile zu befürchten, und überhaupt lege dem Konzern das Wohl der Belegschaft sehr am Herzen. Für die „feinen Unterschiede“ im Wohlergehen fand der Vorstandsvorsitzende mehrere Erklärungen. „Praktische Gründe“ führte er dafür an, dass eine Niederlassung wie die in Grenzach bei der Standortsicherungsvereinbarung außen vor bleiben muss. Sie habe schlicht nicht die kritische Größe, um genug Alternativen jenseits von Entlassungen bieten zu können, wenn das Unternehmen sich mal wieder zu Rationalisierungsmaßnahmen veranlasst sehe, meinte er. Und die Differenzen bei den Entgelt-Steigerungen zwischen Deutschland und Frankreich begründete der Manager mit den voneinander abweichenden Rahmenbedingungen in beiden Staaten. Ein Gerechtigkeitsproblem trete dabei jedoch nicht auf, meinte der scheidende Vorstandsvorsitzende: „Eine Ungleichbehandlung ist darin nicht zu erkennen“.

Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen sprach Andrea Rupp an. So erfüllt BAYER immer noch nicht die vom Gesetzgeber vorgeschriebene Quote von einem mindestens 30-prozentigen Frauen-Anteil im Aufsichtsrat. Selbst mit der bei der Hauptversammlung neu in das Gremium gewählten Johanna W. Farber kommt der Konzern gerade einmal auf 25 Prozent. Und auf den Management-Ebenen darunter sieht es auch nicht besser aus. Trotzdem stellte Dekkers das Unternehmen in seiner Antwort auf den Beitrag Rupp als Hort der Emanzipation dar.

Das Schlusswort der Konzern-KritikerInnen formulierte dann am frühen Abend Sibylle Arians: „Nach allem, was ich heute hier gehört habe, bin ich erschüttert. Erschüttert und empört! Letztes Jahr war ich erstmals auf der BAYER-HV. Ich war in vielerlei Hinsicht beeindruckt, aber nicht wirklich überrascht davon, dass die Unternehmenstätigkeit orientiert ist am finanziellen Erfolg um nahezu jeden Preis. Die Behauptung, Verbrauchersicherheit stünde an oberster Stelle, das Unternehmen würde sich an Verhaltenskodizes und nationale Gesetze halten, spricht dem Leid derer Hohn, die hier über ihr Schicksal berichtet haben.“ ←

oya

anders denken
anders leben

... macht Utopien konkret!

oya ist eine Zeitschrift über lebensfördernde Gesellschaftsmodelle, Sinnsuche und Lebensqualität jenseits der Konsumkultur.

oya behandelt die Themen Soziales Unternehmertum, regionale Wirtschaftskreisläufe, Bildungsfreiheit, Permakultur, Leben in Gemeinschaft sowie viele weitere kulturkreative Themen.

oya macht aus Theorien Praxis und ist selbst Beispiel: Das Magazin wird von einer Lesergenossenschaft getragen.

Bestellen Sie Ihr kostenloses Probeheft auf unserer Internetseite!

www.oya-online.de



Hochzeit des Todes stoppen!



**Unser Widerstand braucht Geld.
Jetzt spenden. Jetzt Fördermitglied werden.**

Seit Bekanntwerden sind wir aktiv. Die „Hochzeit des Todes“ muss gestoppt werden! Konzerne vergesellschaften. Profitprinzip kippen zu Gunsten des Solidarprinzips.

Spendenkonto

IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91 / BIC GENODEF1ETK

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei Förderung. Trotz ehrenamtlicher Arbeit kostet Widerstand Geld.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG)
www.CBGnetwork.org * Info@CBGnetwork.org

